

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

DIE LANDWIRTSCHAFT KASACHSTANS IM KLIMAWANDEL AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IN KIRGISTAN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IN TADSCHIKISTAN

<p>■ ANALYSE Die Landwirtschaft Kasachstans im Klimawandel: Prognosen, Auswirkungen und Anpassungsstrategien 2 Martin Petrick (Justus-Liebig-Universität Gießen)</p>	<p>■ DOKUMENTATION Die Präsidentschaftswahl in Tadschikistan vom 11. Oktober 2020 12</p>
<p>■ ANALYSE Zwischen Nationalpopulismus und Neoliberalismus – die aktuellen Entwicklungen in Kirgistan aus Sicht globaler politischer Trends 6 Florian Coppenrath (Humboldt-Universität zu Berlin / Leibniz-Zentrum Moderner Orient Berlin)</p>	<p>■ STATISTIK Die Verbreitung von Covid-19 in Zentralasien 14</p>
<p>■ DOKUMENTATION Die am 4. Oktober 2020 abgehaltenen Parlamentswahlen in Kirgistan 10</p>	<p>■ CHRONIK 28. September –27. November 2020 (einschließlich Covid-19-Chronik) 17 Kasachstan 17 Kirgistan 21 Tadschikistan 25 Turkmenistan 29 Usbekistan 32</p>

Die Landwirtschaft Kasachstans im Klimawandel: Prognosen, Auswirkungen und Anpassungsstrategien

Martin Petrick (Justus-Liebig-Universität Gießen)

DOI: 10.31205/ZA.144.01

Zusammenfassung

Agrarerzeugung in Kasachstan unterliegt traditionell großen Ertragsschwankungen. Der zunehmend spürbare Klimawandel könnte die Produktions- und Einkommensrisiken noch verstärken, insbesondere in der Bewässerungslandwirtschaft und in der Tierhaltung. Hingegen könnte der Getreideanbau in den nördlichen Steppengebieten u. a. durch mildere Winter und höhere Niederschläge auch profitieren. Anpassungsmaßnahmen zum Schutz besonders verwundbarer Produzenten und zur Sicherung einer nachhaltigen Agrarerzeugung erscheinen in jedem Fall sinnvoll. Zu diesen zählen eine angepasste Auswahl der Kulturpflanzen, verbesserte Anbautechniken im Ackerbau, eine stärkere Förderung von Aus- und Weiterbildung, institutionelle Reformen bei agrarrelevanten staatlichen Dienstleitungen, administrative Reformen in den Bereichen Risikobewertung und lokale Selbstverwaltung und der Zugang zum internationalen Emissionsrechtshandel.

Seit Beginn der von Nikita Chruschtschow initiierten »Neulandkampagne« zur Ausweitung der Getreideflächen in den eurasischen Kontinentalgebieten der ehemaligen Sowjetunion schwanken die Bewertungen des landwirtschaftlichen Potenzials Kasachstans zwischen Euphorie und Zurückhaltung. Riesige Flächenreserven mit fruchtbaren Steppenböden versprechen enorme Möglichkeiten im Ackerbau, während die große Variabilität der natürlichen Bedingungen erhebliche Risiken birgt. Zu diesen Risiken trägt inzwischen in spürbarem Maße auch der Klimawandel bei. Er könnte die Wahrscheinlichkeit von Dürren durch Hitze und zurückgehende Niederschläge in den ohnehin von Versalzung und starken Temperaturschwankungen betroffenen abflusslosen Becken Zentralasiens erhöhen.

Mehr als in anderen Agrargebieten der Welt haben in Kasachstan neben den Standortbedingungen auch politische Entscheidungen weitreichenden Einfluss auf die landwirtschaftliche Erzeugung genommen. Die Neulandkampagne verschob die Grenze des Ackerbaus massiv und fügte sich ein in das sowjetische Modell der staatlich gelenkten Agrarproduktion im industriellen Maßstab. Nach der politischen Unabhängigkeitserklärung folgte ein Jahrzehnt des wirtschaftlichen Niedergangs, bis Präsident Nursultan Nasarbajew im neuen Jahrtausend die Landwirtschaft erneut zur Schlüsselbranche erklärte, in die die Regierung seitdem kräftig Kapital pumpt.

Der Klimawandel stellt die politischen Entscheidungsträger nun vor weitere Herausforderungen, die dieser Beitrag näher beleuchtet. Er liefert zunächst einen Überblick über die aktuellen Prognosen zum Klimawandel in Kasachstan, betrachtet dann dessen Auswirkungen auf die Landwirtschaft und geht schließlich auf mögliche Anpassungsstrategien und politische Handlungsoptionen ein.

Aktuelle Vorhersagen zum Klimawandel in Kasachstan

Zentralasien gehört zu den Weltregionen, für die der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) die vorhandenen Vorhersagen als besonders unsicher und unvollständig ansieht. Dies betrifft besonders die Prognose der für die Landwirtschaft so wichtigen Niederschlagsmengen und der Frischwasserverfügbarkeit.

Um diese Unsicherheit zu verringern, untersuchte eine aktuelle Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) die regionalen Auswirkungen einer globalen Durchschnittserwärmung um 2° und 4° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Diese für die internationalen Klimaverhandlungen besonders wichtigen Szenarien sagen für Ende des 21. Jahrhunderts eine überdurchschnittliche Erwärmung in Zentralasien um 2,5° bzw. 6,5° C voraus. Diese wirkt sich in den südlichen Regionen stärker aus als im Norden. Andererseits erwartet diese Studie weniger ausgeprägte Temperatursteigerungen in den Höhenlagen als in den Ebenen und den Bergtälern. Unter diesen Bedingungen der Temperaturverschiebung nimmt die Verdunstung erheblich zu, Böden trocknen aus und der Anteil hyperarider Böden könnte um 20% steigen. Besonders im Süden des Landes kommt es vermehrt zu Hitzeextremen. Südlich des fünfzigsten Breitengrads (ca. Höhe Karaganda) nimmt die Anzahl der Tropennächte in einem 2°-Szenario jährlich um 20 bis 30 Tage zu, in einem 4°-Szenario um 50 bis 60 Tage.

Während die Niederschläge im Südwesten des Landes zurückgehen, nimmt die Feuchtigkeit im Norden Kasachstans diesen Prognosen zufolge jedoch zu, besonders im Winter. Eine Studie für Kirgistan erwartet mildere Winter und höhere Niederschläge auch in Höhen-

lagen oberhalb von 1500 m. Diese Projektionen haben auch für die südlichen Bergregionen Kasachstans Aussagekraft. Die Prognosen für die Häufigkeit von Starkregen bewegen sich eher unterhalb des globalen Durchschnitts. Zur Veränderung der Häufigkeit von Dürren machen die Modelle keine klare Aussage.

Eine beschleunigte Gletscherschmelze führt in einem 2°-Szenario zum Verlust etwa der Hälfte der Eismasse und erhöht zunächst den Abfluss in den für die Bewässerung in der Landwirtschaft entscheidenden Flüssen, der sich gegen Ende des 21. Jahrhunderts jedoch drastisch verringert. Das Risiko von Überflutungen und Schlammlawinen nimmt zu und stellt eine Gefahr bspw. für die Passierbarkeit von Verkehrswegen dar. Im nördlichen Tien Shan Gebirge wird sich der Prozess der Eisschmelze voraussichtlich besonders schnell vollziehen. In einem 4°-Szenario erwarten Forscher die Schmelze von ca. zwei Dritteln der zentralasiatischen Eismassen bis zum Jahr 2100. Diese Projektionen stimmen qualitativ mit früheren Prognosen des Weltklimarats und des hydrometeorologischen Dienstes der kasachstanischen Regierung überein.

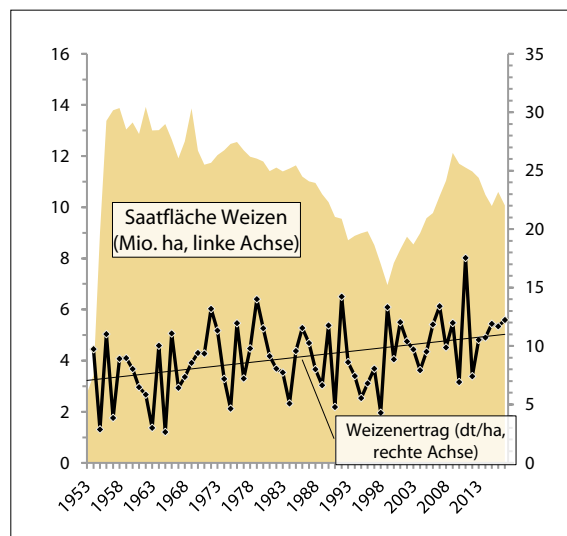
Die Verringerung des Wasserzuflusses wird erhebliche Auswirkungen auf die Bewässerungslandwirtschaft im Süden Kasachstans haben, etwa entlang des Syrдарyas. Davon ebenfalls betroffen ist das Ökosystem des Aralsees, dessen Wasserverfügbarkeit neben den geringeren Zuflüssen auch durch Verdunstung und Niederschlagsänderungen beeinflusst wird.

Physische und ökonomische Auswirkungen des Klimawandels

Die Veränderungen des Klimas ereignen sich in Kasachstan gegenüber einem Status Quo, der bereits von erheblichen Ertragsschwankungen gekennzeichnet ist. Besonders in den Regenfeldbaugebieten Nordkasachstans gehören seit Beginn der Neulandkampagne regelmäßige Ernteschwankungen bis hin zu Ausfällen zum Produktionsrisiko der Landwirte (Grafik 1). Hierzu tragen Witterungsrisiken traditionell ebenso bei wie Fehler in der Betriebsleitung oder marode Feldtechnik. Im Süden erzielen die Bewirtschafter gleichmäßigere Erträge, die jedoch auf eine verlässliche Versorgung mit Bewässerung angewiesen sind. Den derzeit bekannten Projektionen zufolge sind es besonders diese Bewässerungsgebiete, die gegen Ende des Jahrhunderts durch ausbleibende Wasserversorgung bedroht werden. Dagegen könnten die wichtigsten Getreideanbaugebiete im Norden des Landes vom Klimawandel profitieren.

Unter dem generellen Vorbehalt der Unsicherheit der Prognosen könnte sich die für den Regenfeldbau geeignete Fläche vergrößern und die Wachstumsperiode verlängern. Die Winter könnten weniger hart ausfallen und die Niederschläge zunehmen. Damit einher gehen vor-

Grafik 1: Weizenanbaufläche (in Mio. Hektar) und Erträge (in Dezitonne pro Hektar) in Nordkasachstan, 1953–2017



Anm.: Provinzen Pavlodar, Kostanai, Nord-Kasachstan, Akmola.

Quelle: Petrick (2014) aktualisiert, basierend auf Statistischen Jahrbüchern der Statistikbehörde Kasachstans, vgl. <https://stat.gov.kz/>.

teilhafte Effekte einer CO₂-Düngung und die Verringerung von Frostschäden. Dementsprechend sagen manche Berechnungen eine Steigerung der Weizenenerträge um durchschnittlich 12% voraus. Unter diesen Bedingungen könnten auch die Einkommen aus dem Ackerbau im Norden Kasachstans um mehr als ein Drittel steigen. Im Süden gilt dies auch für bewässerte Baumwolle und Kartoffeln, sofern ausreichende Bewässerung sichergestellt ist. Ungewöhnliche Hitzeextreme und extreme Niederschlagsereignisse (z. B. Hagel) könnten die Ertragsunsicherheit hingegen vergrößern.

Die besondere Fruchtbarkeit der Steppenböden hat ihre Ursache unter anderem im hohen Kohlenstoffgehalt der Böden. Der im Humus gebundene Kohlenstoff stellt Nährstoffe bereit, verringert die Bodenerosion und verbessert die Wasserverfügbarkeit für die Pflanzen. Vom Klimawandel verursachte zunehmende Trockenheit verringert den Bestand an Kohlenstoff im Boden. Insbesondere unter der noch immer verbreiteten praktizierten sog. Schwarzbrache kann es so zu einer Verarmung an Nährstoffen, Zerstörung der Bodenstruktur und Erosion kommen. Bei der Schwarzbrache werden die Flächen durch Pflügen oder andere Formen der Bodenbearbeitung vegetationsfrei gehalten, um Wasservorräte zu speichern.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die sich erst allmählich vom Bestandsabbau während der Transformationsperiode erholende Tierhaltung dürften ebenfalls ungünstig sein. Weideflächen könnten einem zunehmenden Degradationsprozess ausgesetzt sein, während die Tiere einen höheren Hitzestress zu befürchten haben

und die Konkurrenz um Trinkwasser generell zunehmen dürfte. In ohnehin bereits degradierten oder von Versalzung und Trockenheit betroffenen Gebieten im Becken des Aralsees und in den dort gelegenen Waldgebieten dürfte der Klimawandel die angespannte Situation weiter verschärfen. In Berggebieten oberhalb von 1500 m dürften sich die Bedingungen für die Tierhaltung mancher Studien zufolge durch eine längere Vegetationsperiode und eine bessere Feuchtigkeitsversorgung dagegen verbessern.

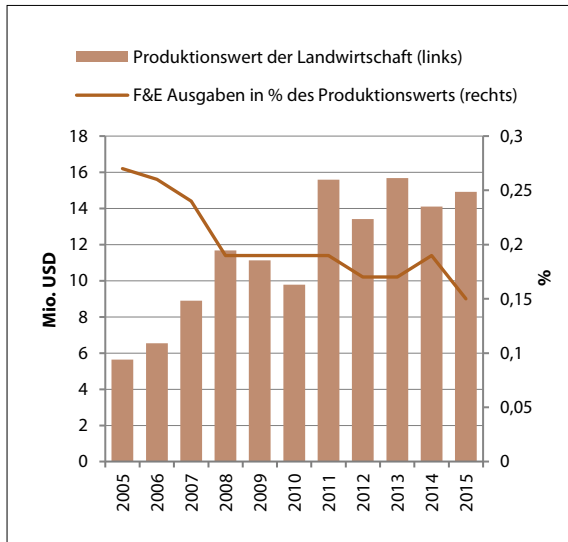
Schätzungen für Zentralasien gehen von bis zu fünf Millionen Menschen aus, die keinen ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln haben. Der Klimawandel stellt durch steigende Temperaturen, schwankende Niederschläge und geringere Flussabläufe ebenso ein Risiko für die Ernährungssicherheit dar, wie die Bodenerosion aufgrund von Starkregen und Stürmen, Veränderungen im Krankheits- und Schädlingsbefall von Pflanzen und Tieren, zunehmende Wasserknappheit und die Überschreitung von kritischen Schwellenwerten der Hitzetoleranz von Pflanzen. Von diesen Risiken sind sowohl ländliche als auch städtische Bevölkerungsgruppen betroffen, da letztere sich nicht selbst mit Nahrungsmitteln versorgen können. In Zentralasien führen die teils wenig ausgebaute Transportinfrastruktur sowie staatliche Handelsbarrieren und die kontinentale Lage zu einem erhöhten Risiko von Preisausschlägen auf Lebensmittelmärkten, sollte es lokal aufgrund von Klimarisiken zu Angebotsverknappungen kommen. Kasachstan kommt als einzigem Land in der Region mit einem Exportüberschuss bei Getreide eine Schlüsselrolle in der regionalen Ernährungssicherung zu.

Anpassungsstrategien und politische Handlungsoptionen

Bereits seit den Anfängen unterliegt der Ackerbau in den Trockengebieten Kasachstans erheblichen Ertragsrisiken. Die meisten der im folgenden empfohlenen Anpassungsmaßnahmen erscheinen daher unabhängig vom Ausmaß und den genauen Folgen des Klimawandels sinnvoll. Jedoch erlaubt die vorhergehende Analyse auch eine gezielte Schwerpunktsetzung.

- *Angepasste Auswahl der Kulturpflanzen.* Auf Basis aktueller Feldforschung in Kasachstan empfehlen Fachleute die Einführung und Förderung vielfältiger Fruchtfolgen, die einen höheren Anteil Leguminosen enthalten (beispielsweise Phacelia oder Linse). Auch Hartweizen (Durum) oder Sommergerste könnten bei zunehmendem Trockenstress Vorteile gegenüber Sommerweizen aufweisen. Durum widersteht der Trockenheit und liefert eine hohe Produktqualität, wobei die Erträge unter denen des Sommerweizens liegen. Sommergerste ermöglicht höhere Erträge, kann jedoch nicht in Monokultur angebaut werden.
- *Verbesserte Anbautechniken im Ackerbau.* Anstelle der noch immer verbreitet praktizierten Schwarzbrache sprechen sich mehrere Experten für den vermehrten Einsatz von Direktsaatverfahren (»no-till« oder »mini-till«) gemeinsam mit zeitgemäßen Pflanzenschutzmaßnahmen aus. Daneben ist ein verbessertes Nährstoffmanagement erforderlich, das eine Kenntnis der Nährstoffverfügbarkeit im Boden voraussetzt. Auf dieser Basis sollten fehlende Nährstoffe ersetzt werden, wobei eine Flüssigdüngung und die Kombination mit Zwischenfrüchten und organischen Düngern aus der Tierhaltung vorteilhaft erscheint. Häufiger Nährstoffmangel besteht bei Stickstoff, Phosphor, Schwefel und Mikronährstoffen. Weiteres Potenzial zur Verringerung der Produktionsrisiken besteht in der Verbesserung der Transport- und Lagerungsinfrastruktur.
- *Anpassungsmaßnahmen in der Tierhaltung.* Die Versorgung von Weidegebieten mit Trinkwasser sollte flächendeckend überprüft und ggf. ausgebaut werden. Ähnliches gilt für den Schutz von Stallanlagen vor Temperaturschwankungen, wobei insbesondere lokal angepasste Maßnahmen in Frage kommen, so etwa die Beschattung durch Bäume oder Strohisolierung. Möglichkeiten der Wald-Weidewirtschaft sollten geprüft und ggf. gefördert werden, da sich diese günstig auf die Temperatur- und Feuchteregulation auswirken. Möglichkeiten zur Verringerung der Treibhausgasemissionen in der Tierhaltung durch verbessertes Weidemanagement und eine nachhaltige Intensivierung z. B. durch energiereichere Ergänzungsfutter sollten geprüft werden.
- *Aus- und Weiterbildung.* Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Ackerbau empfehlen mehrere Studien eine verstärkte Förderung von Aus- und Weiterbildung an Universitäten und Beratungsdiensten, die Durchführung von Feldtagen, die Einrichtung eines Netzwerkes von Bodentestlaboren sowie die Einrichtung von Dauerversuchen mit neuen Fruchtfolgen und Düngungsverfahren, um lokal angepasste Empfehlungen ableiten zu können. Gemessen am landwirtschaftlichen Produktionswert nehmen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Kasachstan tendenziell ab (Grafik 2). Die ver-

Grafik 2: Verhältnis von Ausgaben für Forschung & Entwicklung (F&E) in der Landwirtschaft im Vergleich zum Produktionswert, Kasachstan 2005–2015



Quelle: Unveröffentlichte Angaben des Nationalen Zentrums für Forschung und Ausbildung in der Landwirtschaft (Nanots).

gleichbare Quote liegt bspw. in den USA über fünf- undzwanzigmal höher.

- *Institutionelle Reformen bei staatlichen Dienstleistungen.* Die bisher meist breit und unspezifisch angelegte staatliche Subventionierung der Agrarerzeugung sollte sich auf besonders durch Klimarisiken verwundbare Erzeuger konzentrieren. Dazu gehören vor allem kleinere Betriebe. Der Zugang zu Finanzdienstleistungen sollte für alle Betriebsformen nachhaltig verbessert werden. Dies kann eher durch institutionelle Reformen als durch mehr Subventionen erreicht werden. Zu den angezeigten Maßnahmen gehören die Stärkung von Kreditgenossenschaften, die Reform der Agrarversicherung und die Stabilisierung des nationalen Bankensektors. Daneben sollte

die Wirtschaftlichkeit der Agrarproduktion insgesamt durch die vermehrte Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen gesteigert werden, z. B. im Bereich Wassermanagement und Verkehrsinfrastruktur, aber auch den verbesserten Zugang zu Dienstleistungen im Bereich Tiergesundheit, Zugang zu Weidegebieten sowie Informationen über Wetter- und Preisrisiken.

- *Administrative Reformen.* Die Informationsgrundlage und Beratungskapazitäten nationaler und subnationaler Institutionen der Risikobewertung sollten verbessert und gestärkt werden. Lokale Umweltrisiken erfordern oft für vor Ort angepasste politische Lösungsansätze, die für eine Stärkung der lokalen politischen Selbstverwaltung in Kasachstan sprechen. Internationale Erfahrungen zum Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels und entsprechend ausgerichtete Finanzierungsprogramme wie etwa der Green Climate Fund sollten bei der weiteren Planung berücksichtigt werden.
- *Zugang zum internationalen Emissionsrechtehandel.* Aufgrund seiner enormen Flächenreserven könnte Kasachstan künftig eine bedeutende Rolle als globale Kohlenstoffsenke übernehmen. Das Bewusstsein der Landwirte für ihre Aufgabe als »Kohlenstoffwirt« sollte geschärft und der Zugang zum internationalen Handel mit Emissionsrechten ermöglicht werden.

Aussagen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Agrarproduktion in Kasachstan sind zurzeit noch mit großer Unsicherheit verbunden. Insbesondere die nördliche Getreideanbauregion könnte auch davon profitieren, während vor allem in der Weidewirtschaft und der Tierhaltung mit Ertragseinbrüchen gerechnet werden muss. Aufgrund der traditionell großen Bedeutung natürlicher Ertragsrisiken in Kasachstan sollte die Regierung den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung dieser Risiken in jedem Fall ihre Aufmerksamkeit schenken.

Danksagung

Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen des Seminars »Nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft angesichts des Klimawandels« und der Konferenz »Klimawandel und dessen Einfluss auf die Landwirtschaft«, die am 23. und 24. Oktober bzw. 28. November 2019 in Nur-Sultan (Kasachstan) vom Deutsch-Kasachischen Agrarpolitischen Dialog (APD) organisiert wurden. Der Autor dankt Katrin Dalitz, Jörg Dinkelaker, Martin Schäfer und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz für hilfreiche Anmerkungen. Die IAK Agrar Consulting GmbH führte den APD im Auftrag der GFA Consulting Group GmbH mit Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) durch.

Über den Autor

Dr. Martin Petrick ist Professor für Agrar-, Ernährungs- und Umweltpolitik im Institut für Agrarpolitik und Marktforschung an der Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen und Mitglied im Zentrum für internationale Entwicklungs-

und Umweltforschung (ZEU) der JLU. Daneben ist er Visiting Research Fellow am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) in Halle (Saale).

Lesetipps

- Petrick, M. (2014), Sechzig Jahre Neulanderschließung in Kasachstan – Später Erfolg eines zentralstaatlichen Entwicklungsmodells? Zentralasien-Analysen 77, S. 2–9. <https://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/77/sechzig-jahre-neulanderschliessung-in-kasachstan-spaeter-erfolg-eines-zentralstaatlichen-entwicklungsmodells/> bzw. <https://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/77/ZentralasienAnalysen77.pdf>
- Petrick, M., D. Raitzer und S. Burkitbayeva (2018), Policies to Unlock Kazakhstan's Agricultural Potential, in K. Anderson, G. Capannelli, E. Ginting, K. Taniguchi (Hrsg.), Kazakhstan: Accelerating Economic Diversification, Manila, Philippines, Asian Development Bank, S. 21–72. <http://dx.doi.org/10.22617/TCS189413-2>
- Schierhorn, F. und D. Müller (2020), Klimaschutz und Klimaanpassung in Kasachstan, Studie für GFA Consulting Group im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle (Saale). https://lsg.iamo.de/microsites/lsg.iamo.de/fileadmin/Dokumente/5_Kasachstan_HP.pdf

ANALYSE

Zwischen Nationalpopulismus und Neoliberalismus – die aktuellen Entwicklungen in Kirgistan aus Sicht globaler politischer Trends

Florian Copenrath (Humboldt-Universität zu Berlin /Leibniz-Zentrum Moderner Orient Berlin)

DOI: 10.31205/ZA.144.02

»*Gestern haben die Mitarbeiter der Polizei ihre Aufgaben vollkommen erfüllt. [...] Als Staatschef wiederhole ich noch einmal: Die Ruhe in der Gesellschaft steht über allem*«, erklärte der damalige Präsident Kirgistans, Sooronbaj Dscheenbekow, am 3. März 2020. Am Vortag hatten zwischen 1.500 und 3.000 Personen in Bischkek über acht Stunden lang für die Freilassung des für eine Geiselnahme zu über elf Jahren Haft verurteilten Politikers Sadyr Dschaparow demonstriert. Die Demonstration wurde am Abend von der Polizei aufgelöst, als Demonstranten zum Weißen Haus marschierten.

Rückblickend wirken diese Ereignisse wie ein Vorspiel zu Dschaparows kometenhaften Aufstieg aus dem Gefängnis an die Spitze der Exekutive. Der einstige Berater von Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew (2005–2010) wurde am 6. Oktober befreit und am 10. Oktober zum Premierminister gewählt. Am 15. Oktober trat Dscheenbekow zurück und der damalige Parlamentspräsident Kanatbek Isajew passte, wodurch Dschaparow auch zum Interimspräsidenten wurde. All diese Schritte wurden auch von einer Gruppe engagierter und teils aggressiv gestimmter Demonstrierender mitgetragen.

Gegenprotest gab es kaum. Bereits im März zeigten viele oppositionell gestimmte Einwohner Bisch-

keks ihr Unverständnis für die als ländlich und fremd wahrgenommenen Dschaparow-Unterstützer. Auch im Oktober fragten sich viele in Bischkek und im Ausland, was es mit diesem »Phänomen Dschaparow« auf sich habe. Dass er tatsächlich die Unterstützung von einem bedeutenden Teil der Bevölkerung genießt, kann nicht abgestritten werden. Aber er ist auch ein Spiegel des zunehmenden Auseinanderdriftens unterschiedlicher Gesellschaftsschichten.

Revolution oder Staatsstreich?

Heute geht der Präsidentschaftskandidat Dschaparow – seine exekutiven Ämter legte er am 14. November nieder, um an der Wahl am 10. Januar teilnehmen zu können – als klarer Sieger aus den politischen Turbulenzen nach der umstrittenen und schließlich annullierten Parlamentswahl des 4. Oktober hervor. Wie ein machiavellischer Fürst vermochten er und seine Entourage es, die Gelegenheit zielstrebig beim Schopfe zu packen. Nun besetzen Dschaparow nahestehende Personen viele Schlüsselpositionen im Staat, allen voran seine langjährigen Mitstreiter Kamtschybek Taschijew und Talant Mamytow, jeweils Leiter des Sicherheitsdienstes GKNB und neuer Interimspräsident. Das scheidende

Parlament und die Justiz haben sich ebenfalls auf seine Seite geschlagen.

Juristisch sind viele Entscheidungen in den letzten zwei Monaten höchst fragwürdig, wie auch die Venedig-Kommission auf Anfrage der Verfassungskammer des Obersten Gerichtes bestätigte. Das Mandat des Parlaments ist laut Verfassung fünf Jahre nach seiner ersten Sitzung, also Ende Oktober, abgelaufen. Dennoch stempeln die Abgeordneten neue Gesetzesentwürfe eilig und mit zahlreichen prozeduralen Verstößen ab. Die laut Wahlgesetz und Wahlkommission eigentlich Ende Dezember zu organisierende Parlamentswahl wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Selbst Dschaparows Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl entspricht einer gewagten Interpretation der Verfassung, der zufolge Interimspräsidenten von einer Kandidatur für Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen sind. Eine Illustration davon, dass selbst das höchste der Gesetze nur dann relevant ist, wenn sich auch ausreichend Personen und Institutionen seiner Geltung verpflichten.

Dschaparow setzt sich für eine neue Verfassung ein, die insbesondere die Kompetenzen des Präsidenten erweitern, einen vage definierten, nicht gewählten *Kurultai* (eine traditionelle Versammlung) zur Kontrolle von Exekutive und Legislative einsetzen und sich auf »traditionelle Werte« und »Respekt vor den Älteren« berufen soll. Ein entsprechender Entwurf, dessen Autoren nicht bekannt sind, wurde am 17. November vorgestellt und in sozialen Medien prompt als »Khanstitutsija«, als »Khan-Verfassung« bezeichnet. Laut dem Präsidentschaftskandidaten soll der Staat dank der Verfassung von Korruption befreit werden, laut vielen Beobachtern leitet er damit jedoch ein erneutes autoritäres Kapitel in der politischen Geschichte Kirgistans ein.

Ob die Geschehnisse im Herbst 2020 als dritte kirgisische Revolution in Erinnerung bleiben werden oder als Staatsstreich, steht noch offen. Sie offenbaren jedenfalls die Grenzen der Denkmuster, die sich allzu oft in russischen, westeuropäischen und US-amerikanischen Analysen der kirgisischen Politik manifestieren. So können wir hier nur sehr bedingt von einem Wettbewerb unterschiedlicher Clans reden und noch weniger von einer Trennung zwischen dem Norden und Süden des Landes. Ebenso wenig wurde Dschaparows Aufstieg durch geopolitische Akteure gefördert, eher im Gegenteil: Kirgistans internationale Partner haben einheitlich unterkühlt auf den Präsidentenwechsel reagiert und nehmen mittlerweile eher eine Wartestellung ein.

Solche Analyse motive setzen den Akzent auf lokale Eigendynamiken in Kirgistan. Zwar berufen sie sich berechtigterweise auf real existierende Unterschiede zwischen Interessensgruppen, tendieren dabei aber zu Exotisierung, die der Leserschaft eines vermitteln will: »So etwas verrücktes könnte bei uns nicht geschehen«.

Dabei ist Kirgistan längst in weltweite Prozesse und Finanzflüsse eingebunden und dem kirgisischen Staat entwendete Gelder liegen nicht selten auf europäischen Bankkonten. Und auch Dschaparows bisherigen Erfolg kann man durch global durchaus geläufigen Kategorien beschreiben: etwas als rechtspopulistische Episode in einem neoliberalen Staat.

Nationalpopulismus im Schafspelz

In einem Feature der japanischen Wochenzeitung *Nikkei Asia* erklärte der kirgisische Politikexperte Asim Asimow Dschaparows Erfolg durch einen »Trump-Effekt: *»Es gibt sehr wenige Punkte auf seinem Lebenslauf, die zeigen, dass er der am besten geeignete Kandidat für das Amt des Premierministers oder des Präsidenten ist. Aber er hat eine sehr starke öffentliche Unterstützung, vor allem unter traditionellen Nationalisten und sehr konservativen ländlichen Personen in Kirgistan.«*

Dschaparow saß im Gefängnis, weil er 2013 aus Protest für die Nationalisierung von Kumtör, der größten Goldmine des Landes, den Gouverneur der Region Yssykköl als Geisel genommen hatte. Er verbrachte zuerst mehrere Jahre im Exil auf Zypern und wurde schließlich 2017 an der kirgisischen Grenze festgenommen und zu über elf Jahren Gefängnis verurteilt. Während er im Gefängnis saß, verlor er seine beiden Eltern und sein Sohn starb bei einem Motorradunfall. Die Tragik in seiner Biografie fließt dabei in ein Märtyrernarrativ: Er habe schon viel für sein Vaterland geopfert, komme von ganz unten und könne so die Anliegen der »einfachen Leute« besser als jeder andere verstehen.

Er selbst bedient sich eines solchen anti-elitaristischen Narratives, in dem er die einfache Bevölkerung einer korrupten politischen Klasse gegenüberstellt. So zum Beispiel in seinem Interview mit Al Jazeera am 20. Oktober: *»Ich bin ein Demokrat. Die, die etwas Anderes behaupten, sind meine Gegner, die nicht die gewünschten Posten erhalten haben«*, antwortet er auf die Bedenken des Journalisten. Er steht nicht für ein konkretes politisches Programm, sondern lediglich für den Kampf gegen die Korruption, der zum Kampf zwischen Gut und Böse hochstilisiert wird.

Durch sein Image und seine Rhetorik füllt Dschaparow, der Mann des Volkes, ein politisches Vakuum. Wie die Forscherin Asel Doolotkeldijewa in der TV-Sendung *»Wetscher Trudnogo Dnja«* (Nacht nach einem schweren Tag) erläuterte, wurde um seine Person bereits im Laufe der vergangenen Jahre eine erfolgreiche politische Kommunikation über YouTube-Kanäle »in einer sehr zugänglichen Sprache« aufgebaut. Er stehe als Vertreter der Nicht-Vertretenen, der *»Arbeiterklasse ohne Arbeit«* da: *»Dieser Teil der Bevölkerung, diese 35 Prozent der Ärmsten und vielleicht noch weitere aus der Mittelklasse, die keine Zukunftsperspektiven in diesem Land*

finden: Sie denken, dass Dschaparow wirklich und aufrichtig ihre Interessen vertritt«, erklärte Doolotkeldijewa.

Vor dem Hintergrund lassen sich auch manche der opportunistisch wirkenden politischen Aussagen erklären, die auf nationalistische Gefühle eingehen. Eine von Dschaparows ersten Amtshandlungen als Premierminister war die Wiedereinführung der Angabe der Ethnizität (auf Russisch »*nazionalnost*«) in neuen Ausweisen und Pässen. Auch der Bezug auf ein »Kurultai« in der geplanten Verfassungsreform verweist auf eine vermeintliche kirgisische Tradition. Anders als ein Donald Trump verzichtet Dschaparow aber bislang auf eine allzu aggressive Rhetorik. Er zeigt sich bemüht um die Sympathien ausländischer Investoren und Geldgeber, wie auch der urbanen Mittelschicht. So wurde zum Beispiel der Zaun des Weißen Hauses in Bischkek abgebaut und manche seiner Gegner wie die Abgeordneten Tilek Toktogasijew und Elwira Surabaldijewa wurden in die Regierung kooptiert. Toktogasijew und Surabaldijewa waren zuvor als Stimmträger der von jungen Leuten getragenen »Lustrationsbewegung« für eine Erneuerung der politischen Klasse aufgetreten.

Populistisch ist Dschaparows Antielitismus, aber auch seine Vorschläge von leichten Lösungen für komplizierte Probleme und sein selektives Rechtsverständnis. So zum Beispiel der Vorschlag einer wirtschaftlichen Amnestie für korrupte Persönlichkeiten: Der in einer journalistischen Recherchereihe der illegalen Ausführung von mindestens 700 Millionen US-Dollar bezichtigte ehemalige Zollbeamte Raimbek Matraimow wurde Ende Oktober kurz medienwirksam festgenommen, aber gegen das Versprechen der Rückzahlung von knapp 24 Millionen US-Dollar wieder freigelassen. Laut Dschaparow eine »politische Entscheidung«, denn im Gefängnis würden solche Personen keinen Cent in die Staatskasse zurückzahlen.

Die aktuelle politische Krise in Kirgistan ist auch eine sozioökonomische. Nicht umsonst machten viele Analysten diesmal auf die Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung aufmerksam und auf die Armut und Perspektivlosigkeit, die auch den ursprünglichen Protest gegen die Parlamentswahl motivierte. »*Ein Land von Freiwilligen und Bürgerwehren. Alles selbst*«, beklagte die Journalistin Aidai Irgebajewa Anfang Oktober bei Facebook. Ob bei der Betreuung von Coronakranken oder beim Schutz der Stadt vor Plünderungen, immer seien die Bürger selbst gefragt. Der Staat glänzt vor allem durch seine Abwesenheit, was einerseits zu einem gewissen politischen Wettbewerb führt, aber auch zur Verknappung öffentlicher Dienstleistungen.

Ein von seiner Substanz geleerter Staat

In ihrer Arbeit zu »*kompetitivem Autoritarismus*« führten Steven Levitsky und Lucan Way 2010 das Konzept

der »rotten door transition« ein: diese geschehen »oft schnell und sehen spektakulär aus. Tatsächlich haben Bilder von Protestierenden, die das Parlament einnehmen, während Sicherheitskräfte zur Seite schauen oder sich ihnen anschließen, dazu geführt, dass manche dieser Transitionen als »*Revolutionen*« bezeichnet [werden]« (S. 354–356). Die Politikwissenschaftler beziehen sich dabei vor allem auf die sogenannten Farbrevolutionen 2003–2005. Die Ereignisse der Nacht des 5. auf den 6. Oktober in Bischkek, bei denen das Weiße Haus binnen Stunden von Protestierenden »eingenommen« wurde, passen auch in dieses Schema. Solche politischen Machtwechsel führen laut den Autoren nur selten zu einer stabilen Folgeregierung und weisen vor allem auf die Schwäche von Staat, Parteiensystem und Zivilgesellschaft hin.

Die oft aufbrausenden politischen Geschehnisse in Kirgistan lassen sich durch die weitgehende Abwesenheit des Staates erklären. Ihren Höhepunkt erreichte diese in den Tagen nach dem 5. Oktober, als eine Zeit lang noch nicht einmal die Sicherheitsfunktion des Staates gewährleistet wurde. In den Monaten zuvor zeigte sich, wie schnell das öffentliche Gesundheitssystem von der Coronavirus-Krise überfordert war und viele betroffene Menschen nur auf ihre eigenen Ressourcen oder Kontakte hoffen konnten. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Bildungsbereich, wo der private Sektor immer weiter wächst und öffentliche Schulen zunehmend herunterkommen, wie Aigoul Abdoubaetova in der vorherigen Ausgabe der Zentralasien-Analysen aufgezeigt hat.

Kirgistan ist so etwas wie ein Extrembeispiel für einen minimalistischen, neoliberalen Staat. Entsprechende Reformen wurden seit den frühen 1990ern mit einer bemerkenswerten Kontinuität verfolgt, wenn auch nach 2010 etwas langsamer als zuvor, kommentierte das neulinke kirgisische Portal Kyrgsoc.org das im April verabschiedete Gesetzespaket »Zu neuer wirtschaftlicher Freiheit und Entwicklung«. »*Gerade jetzt, wo im Kontext der Coronavirus-Epidemie selbst die am meisten marktorientierten Staaten anfangen neoliberale Prinzipien zu brechen [...] pfeift unsere Regierung auf ihre Bürger und führt harte wirtschaftliche Maßnahmen ein, um Kredite zu erhalten*«, beklagte die Redaktion von Kyrgsoc.

Solche Reformen führten laut Kyrgsoc mitunter zur »*Zerstörung industrieller Komplexe und Fabriken*« und zur »*Degradierung der Landwirtschaft*«, wobei sich der Reichtum über Investoren und den Dienstleistungssektor in den urbanen Zentren konzentriert, vor allem in der Hauptstadt Bischkek. Diese Situation spiegelt sich stark im Alltag der Menschen wider: Laut Statistikkomitee hatten auf Landesebene 2018 durchschnittlich knapp 38 Prozent der Haushalte einen permanenten Kanalisationsanschluss; in Bischkek sind es über 97 Prozent. Abweichende Lebensrealitäten, die auch die Kluft illustrieren zwischen denen, die Dschaparow

unterstützen und denen, die nicht verstehen, was man an ihm finden kann.

Eine schlüssige Wirtschaftspolitik gibt es in Kirgistan nicht, und in Abwesenheit von attraktiven Wirtschaftszweigen wird der Staat selbst zur Ressource. In seiner *Dissertation* zeigte der Forscher Johan Engvall, dass »*die Logik eines Investmentmarkts im Kern der Operationen des Kirgisischen Staats liegt*«. In anderen Worten werden staatliche Funktionen wie finanzielle Anlagen gehandelt, die den »Käufern«, die sie besetzen, ein stabiles Einkommen garantieren. Es ist ein offenes Geheimnis in Kirgistan, dass Regierungsposten und Abgeordnetenmandate (bzw. günstige Listenplätze) käuflich sind. Statt mit der Schaffung von öffentlichen Gütern sind die entsprechenden Beamten erst einmal damit beschäftigt, privates Kapital aus ihrem Posten zu schlagen.

Etwas Ähnliches scheint auch nach dem jüngsten Umsturz zu geschehen: »*Staatsstellen werden durch dieselben korrupten Eliten ergriffen. [...] Laut Insider-Informationen verdient das neue Team Geld durch den Verkauf von staatlichen Stellen als wertvolle Ressourcen*«, beschrieb Doolotkeldijewa etwa bei Twitter. So ist auch von einer etwaigen Präsidentschaft Dschaparows im wirtschaftlichen und sozialen Bereich vor allem Kontinuität zu erwarten. Den Hoffnungen, die viele heute mit ihm verbinden, wird er kaum gerecht werden können. Bei seinem einstigen Steckenpferd, der Nationalisierung der Goldmine Kumtör, ist er schon zurückgerudert: es gebe sowieso nicht mehr viel Gold dort.

Bleibt die Frage, wem die Situation nutzt. Vieles deutet darauf hin, dass es sich bei den Ereignissen im Oktober vermutlich um einen organisierten Machtwechsel handelte. Die Demonstrierenden wurden teils in Bussen durch die Stadt gefahren und mit Essensrationen und gar kulturellem Programm bedient. Wer dahinter steht, ist noch nicht endgültig geklärt. Teils ist von der organisierten Kriminalität die Rede, teils vom Umkreis des Ex-Präsidenten Kurmanbek Bakijew, der nach fünf Jahren Amtszeit mit der Aprilrevolution 2010 gestürzt wurde. Tatsächlich bekleideten Dschaparow und viele aus seinem Umkreis unter Bakijew politische Ämter.

Eine wachsende politische Kultur

Sollte Dschaparow sich auch bei den Präsidentschaftswahlen im Januar als erfolgreich erweisen, wäre man in alter transitologischer Tradition dazu verleitet zu verkünden, das einst hochgelobte Kirgistan falle so-und-so viele Jahre zurück in seiner Demokratisierung. Dies entspräche aber einerseits dem etwas herablassenden Reflex, Länder im Umbruch wie gute oder schlechte Schüler zu beschreiben, andererseits übersieht man dabei aber auch unterschwellige gesellschaftliche Dynamiken.

Nicht zuletzt hat die Coronakrise zurecht viel Unmut gegenüber der politischen Klasse geschürt, stellt aber

auch eine kollektive Selbstwirksamkeitserfahrung dar. Es waren Freiwillige, die einen Großteil der sozialen und medizinischen Versorgung gewährleisteten. Ebenso waren es etwa 10.000 freiwillige »Druschinniki«, die Bischkek in den Tagen nach dem 5. Oktober vor Plünderungen schützten. Für die Forscherin Erica Marat zeigen solche Beispiele »*wie eine belastbare Gesellschaft an Komplexität und Organisation gewinnt, um sich der Unverschämtheit der Machthabenden zu widersetzen*«.

Auch die einstige Interimspräsidentin Rosa Otunbajewa beteuert im Interview mit der Presseagentur *Akipress*, man könne nicht von einem Ende der Demokratie in Kirgistan sprechen. Vielmehr erlebe die kirgisische Gesellschaft »Wachstumsschmerzen«: »*Es wächst eine sachkundige Jugend, die Generation des 21. Jahrhunderts, sie werden nicht zurückschreiten, sondern nur vorwärts! Wir sehen nicht tatenlos zu, kämpfen, gehen Risiken ein, bringen Opfer, bewegen und treiben politische Prozesse voran*«.

Paradoxerweise kann selbst Dschaparows Populismus als ein Anzeichen solcher gesellschaftlichen Prozesse gesehen werden. Bei aller Instrumentalisierung ist Populismus auch ein demokratisches Phänomen, denn er ist eine indirekte Anerkennung der politischen Rolle der Bevölkerung. In einem Interview mit *The Economist* beteuerte der Präsidentschaftskandidat: »*Sie [das Volk] können sich ein oder zwei oder drei Jahre lang mit Dingen abfinden und dann jeden Präsidenten vertreiben. [...] Man kann keine Diktatur in unserem Land etablieren*«.

Fazit: Kirgistan – statt Sonderfall ein Paradebeispiel für globale Gesellschaftsentwicklungen?

Der vor kurzem vorgestellte Entwurf einer neuen Verfassung dürfte für viele in Bischkek wie ein Weckruf wirken. Bei einer ersten Demonstration gegen die Verfassungsänderungen am 8. November versammelten sich lediglich um die 20 Personen. Die Folgedemonstration am 22. November brachte laut Medienberichten etwa 500 Personen zusammen; für Bischkeker Verhältnisse eine relativ große Demonstration, jedoch deutlich kleiner als der Protest gegen die Ergebnisse der Parlamentswahl am 5. Oktober. Es herrscht eine gewisse politische Müdigkeit am Ende des ohnehin schon anstrengenden Jahres.

Und selbst wenn Dschaparow und seine Unterstützer erfolgreich sein sollten, werden sich die unterschweligen Ursachen der politischen Instabilität in Kirgistan eher noch verschärfen. Eine stärkere Machtvertikale und die Schwächung von demokratischen Kontrollinstitutionen machen den Staat als Spielfeld privater Interessen nur noch attraktiver und werden kaum für mehr soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft sorgen. Auf dieser Grundlage kann sich »das Volk«, auf dessen Willen sich Dschaparow ständig beruft, auch schnell

wieder gegen ihn wenden, wenn die rosa Brille der »post-revolutionären« Flitterwochen abgelegt ist.

Anders als ein Lukaschenko wird Dscharparow kaum auf einen über zwei Jahrzehnte lang gefestigten öffentlichen Sicherheitsapparat zurückgreifen können. Die Tür bleibt also morsch, um auf Levitskys und Ways Metapher zurückzukommen.

Genau wie in Europa sind auch die Prozesse gesellschaftlicher Entwicklungen in Kirgistan von globalen Dynamiken beeinflusst. Das gilt besonders für translokale Verflechtungen medienkommunikativer und finanzwirtschaftlicher Art, von denen kirgistanische

Staatsbürgerinnen und Staatsbürger genauso Teil sind wie die Einwohner eines jeden anderen Landes auch. Dabei zeigt sich auch, dass es viel fruchtbarer und interessanter ist, kirgisische Politik nicht ständig als etwas darzustellen, was »rückständig«, »chaotisch« und »uns wesensfremd« ist. Denn Phänomene wie Rechtspopulismus und Neoliberalismus sind global aktuell, auch wenn sie in Kirgistan besonders extreme Züge annehmen mögen. Aber statt in einer »noch nicht ausreichend demokratisierten« Vergangenheit zu stecken, könnte sich das Land genauso gut in einer möglicherweise drohenden Zukunft befinden.

Über den Autor

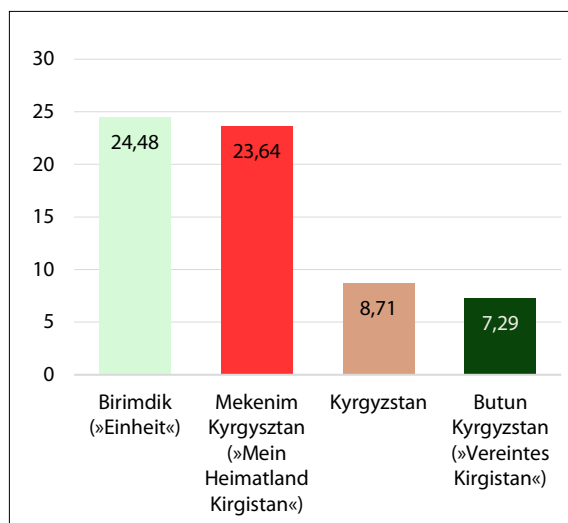
Florian Coppenrath ist Doktorand der Zentralasienstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Leibniz-Zentrum Moderner Orient in Berlin. Er ist zudem tätig als Redaktionsleiter von Novastan.org, einer auf Zentralasien spezialisierten Nachrichtenseite in deutscher und französischer Sprache.

DOKUMENTATION

Die am 4. Oktober 2020 abgehaltenen Parlamentswahlen in Kirgistan

Nach den Parlamentswahlen in Kirgistan am 4. Oktober 2020 sind in der Folgenacht in der Hauptstadt Bischkek massive Unruhen ausgebrochen, wobei u. a. das Weiße Haus, der Sitz von Parlament und Präsident, durch Anhänger von Oppositionsparteien gestürmt und besetzt wurde.


Grafik 1: Stimmenanteile in Prozent der Parteien, die den Einzug in das Parlament geschafft hätten



Quelle: Wahlinformationssystem der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik (https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11098/ballot-count?type=NW_ROOT, <https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11098/info>), aufgerufen am 24.11.2020

Nach unterschiedlichen Berichten sollen die Wahlen durch zahlreiche Unregelmäßigkeiten wie Stimmenkauf bis hin zu direkter Wahlmanipulation geprägt gewesen sein. Von den 16 zur Wahl registrierten Parteien haben lediglich vier, darunter drei, die als regierungsnah gelten, die Sieben-Prozent-Hürde überwunden und den Einzug ins Parlament geschafft. Das Wahlergebnis wurde am 6. Oktober 2020 von der Zentralen Wahlkommission (CEC) annulliert. Eine von der CEC auf den 20. Dezember 2020 terminierte Wiederholung der Wahlen wurde durch eine vom Parlament verabschiedete Änderung in der Wahlgesetzgebung verschoben. Die Änderung sieht eine Verfassungsreform vor, die einer Wiederholung der Parlamentswahlen vorausgehen soll. Über die Verfassungsreform soll am 10. Januar 2021 per Referendum abgestimmt werden. Am selben Tag findet ebenfalls die vorgezogene Präsidentschaftswahl statt. Ein neuer Termin für die Wiederholung der Parlamentswahlen soll bis zum 1. Juni 2021 festgelegt werden.

Tabelle 1: Amtliches Endergebnis der Parlamentswahlen in Kirgistan vom 4. Oktober 2020 (am 6. Oktober 2020 von der Zentralen Wahlkommission annulliert)

Partei	Stimmen	%	Sitze	+/-
Birimdik (»Einheit«)	469.098	24,48	46	Neupartei
Mekenim Kyrgyzstan (»Mein Heimatland Kirgistan«)	452.971	23,64	45	Neupartei
Kyrgyzstan	166.861	8,71	16	- 2
Butun Kyrgyzstan (»Vereintes Kirgistan«)	139.736	7,29	13	+ 13
Mekentschil (»Patriotisch«)	132.807	6,93	0	Neupartei
Respublika	111.302	5,81	0	Neupartei
Sozialistische Partei »Ata-Meken«	78.165	4,08	0	- 11
Yiman Nuru (»Licht des Glaubens«)	64.715	3,38	0	Neupartei
Politische Partei der staatlichen Einheit und des Patriotismus »Bir Bol«	58.389	3,05	0	- 12
Tschong Kasat (»Große Schlacht«)	44.769	2,34	0	Neupartei
Partei der strategischen Ziele »Samandasch«	41.720	2,18	0	0
Sozialdemokraten (SDK)	41.023	2,14	0	Neupartei
Reforma	31.788	1,66	0	Neupartei
Meken Yntymagy (»Vereinigte Heimat«)	12.021	0,63	0	Neupartei
Ordo	4.185	0,22	0	Neupartei
Partei der Veteranen des Afghanistankrieges	3.288	0,17	0	Neupartei
Gegen alle	34.512	1,80	-	-
Gültige Stimmen Insgesamt	1.887.350	98,51	120	-
Ungültige Stimmen / Leerstimmen	28.289	1,49	-	-
Abgegebene Stimmen insgesamt	1.915.639	100,0	-	-
Wahlberechtigte / Wahlbeteiligung	3.523.554	54,34 	-	-

Quelle: Wahlinformationssystem der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik (https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11098/ballot-count?type=NW_ROOT, <https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11098/info>), aufgerufen am 24.11.2020

Die Präsidentschaftswahl in Tadschikistan vom 11. Oktober 2020

Am 6. August 2020 hat das tadschikische Parlament während einer gemeinsamen Sitzung von beiden Kammern die diesjährige Präsidentschaftswahl in Tadschikistan auf den 11. Oktober 2020 terminiert. Eine offizielle Festlegung des Datums für die Wahl wurde lange erwartet und eher für November vermutet. Einige Beobachter sahen in dieser Entscheidung den Versuch der Regierung, die Wahlen noch möglichst vor der zweiten Corona-Welle durchzuführen. Die ersten Corona-Fälle wurden in Tadschikistan offiziell erst am 30. April bestätigt, und damit mehr als einen Monat nach den Nachbarländern Usbekistan und Kirgistan. Unbestätigte Meldungen über Todesfälle im Zusammenhang mit Lungenentzündungen (<https://rus.ozodi.org/a/30532703.html>) Anfang April legten dagegen nahe, dass sich das Virus im nördlichen Gebiet Sughd deutlich früher auszubreiten begann. Ärzte gaben gegenüber Asia Plus (<https://asiaplustj.info/ru/news/tajikistan/society/20200507/na-12-vrachei-4-kostyuma-i-plavatelnie-ochki-vmesto-zatshitnih?fbclid=IwAR0OxpNpF1PI2igmsOFyeiaEWx2GmUUTj3Rk3v918UYWet-khq5OON14UZk>) an, dass die Krankenhäuser in Duschanbe bereits vor dem 30. April an ihre Kapazitätsgrenzen zur Aufnahme von Patienten mit Lungenentzündungen gestoßen sind. Gleichzeitig wurde von staatlicher Seite massiver Druck (<https://centralasiaprogram.org/archives/18278>) auf Ärzte, medizinisches Pflegepersonal und Patienten ausgeübt, um die Verbreitung von unabhängigen Informationen über die Situation in den Krankenhäusern zu unterbinden. Niemand sollte die über die staatlichen Medienkanäle vermittelte Allmacht der Staatsführung und ihr angeblich tadelloses Management der Pandemie in Frage stellen.

Doch auch nachdem die ersten Corona-Fälle am 30. April offiziell bestätigt wurden, schien die staatliche Informationspolitik weiterhin ihrer eigenen Logik zu folgen. Bemerkte wurde die ab da an auffällige Präsenz von Rustam Emomali in den staatlichen Medien. Rustam Emomali ist der älteste Sohn von Präsident Emomali Rahmon, Bürgermeister der Hauptstadt Duschanbe und seit dem 17. April der neue Sprecher des Senats, in den dieser im März hineingewählt wurde. Nachdem die Epidemie im Land bestätigt wurde, wurde er u. a. medienwirksam bei der Inspektion von neuen Infektionskrankenhäusern (<https://asiaplustj.info/ru/news/tajikistan/society/20200505/rustam-emomali-poruchil-nedostroennievistotki-dushanbe-pereprofilirovat-pod-gospitali>) in Duschanbe gezeigt. Auffällig waren sein hervorgehobenes und volknah erscheinendes Engagement und die Abwesenheit seines Vaters, mit dem Rustam bisher immer zusammen medial in Erscheinung getreten ist. Für viele tat sich der Eindruck auf, die Regierung habe die Ausbreitung des Corona-Virus im Land erst zugegeben, nachdem man erkannt hatte, wie aus der Pandemie politisches Kapital für den Sohn des Präsidenten geschlagen werden kann. Dieser Eindruck deckte sich mit der Erwartung vieler Beobachter, dass Rustam Emomali schon in diesem Jahr seinen Vater im Amt des Präsidenten beerben würde. Durch ein Verfassungsreferendum im Jahr 2016 wurde das Mindestalter für Präsidentschaftskandidaten auf 30 herabgesetzt, für viele ein Indiz, dass der aktuell 32-jährige Rustam Emomali bereits in diesem Jahr für die Präsidentschaft kandidieren und das Amt übernehmen würde.

Diese Vermutungen wurden jedoch bereits kurz nach der Bekanntgabe des Wahltermins zunehmend zerstreut. Emomali Rahmon wurde am 26. August von der Föderation der unabhängigen Gewerkschaften und fünf Tage später von der nationalen Jugendunion für die Präsidentschaftswahl nominiert. Schließlich stimmten am 3. September über 1.000 Delegierte der Volksdemokratischen Partei Tadschikistans (PDPT) in einer geschlossenen Sitzung für die Nominierung des Parteivorsitzenden und Langzeitherrschers Emomali Rahmon, womit auch die letzten Restzweifel an der Tatsächlichkeit einer sechsten Amtszeit Rahmons aus dem Weg geräumt wurden.

Neben Rahmon hat die Zentrale Wahlkommission vier weitere Kandidaten registriert, wobei jedoch offensichtlich war, dass diese nur den Anschein einer Auswahl erwecken sollten und darüber hinaus der Öffentlichkeit fast gänzlich unbekannt waren. Die letzte im Land verbliebene aber weitgehend einflusslose Oppositionspartei, die Sozialdemokratische Partei, verzichtete wie bei den Präsidentschaftswahlen 2006 und 2013 auf die Nominierung eines Kandidaten und rief stattdessen zum Boykott der Wahlen auf. Die diesjährige Präsidentschaftswahl war schließlich die erste, die nach dem 2015 erlassenen Verbot der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIW) stattfand. Die PIW konnte zuletzt 1999 einen Kandidaten ins Rennen schicken und hat die anschließende Wahl 2006 boykottiert. Für die Präsidentschaftswahl 2013 rief die Partei ihre Unterstützer dazu auf, von einer Stimmabgabe abzusehen, nachdem ihrer Kandidatin die Registrierung verweigert wurde. Für die diesjährige Präsidentschaftswahl wurde einem 30-jährigen Anwalt aus Khorog, der Hauptstadt des Autonomen Gebietes Berg-Badachschan (GBAO), die Registrierung aufgrund fehlender Unterstützungsunterschriften verwehrt. Einem Parlamentsabgeordneten der Demokratischen Partei wurde die Registrierung mit dem Vorwurf verweigert, genau diese Unterschriften gefälscht zu haben. Beide hatten zuvor die Regierung und die Behörden in ihrem Umgang mit der Epidemie öffentlich kritisiert.

Bisher wurde keine Parlaments- oder Präsidentschaftswahl in Tadschikistan von unabhängigen Beobachtern als frei oder fair eingestuft. Hatte das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE 2013 noch insgesamt 166 Wahlbeobachter im Rahmen einer vollständigen Wahlbeobachtermission eingesetzt, sollten in diesem Jahr insgesamt nur noch sieben Beobachter im Rahmen einer deutlich umfangärmeren Wahlbeurteilungsmis-

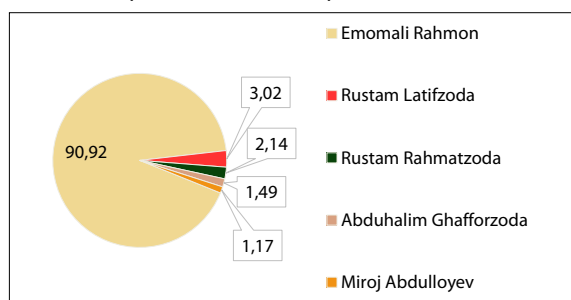
sion eingesetzt werden. Das ODIHR hat bereits für die Parlamentswahl im März auf eine volle Wahlbeobachtermission verzichtet, und stattdessen nur eine Wahlbeurteilungsmission entsendet. Im Abschlussbericht des ODIHR wurde eine »eng kontrollierte und regulierte Wahlkampfumgebung« konstatiert, die »keinen offenen Raum für Alternativen zu herrschenden PDPT ermöglicht hat«. Der »Wahlkampf« fand schließlich komplett »ohne politische Debatten« statt.

An der Wahl am 11. Oktober sollen nach Angaben der Zentralen Wahlkommission 85,44 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen haben, und Emomali Rahmon mit 91 Prozent aller Stimmen einen überwältigenden Sieg eingefahren haben. Ein höheres Ergebnis hat Rahmon nur 1999 erzielt, als er mit knapp 98 Prozent gegen den Herausforderer von der PIW, Davlat Usmon, gewonnen hat. Dass auch die diesjährige Wahl wieder von Unregelmäßigkeiten und groben Verstößen begleitet war, belegen Aufnahmen von Radio Free Europe, die noch am Tag der Wahl veröffentlicht wurden. Die Videos zeigen Personen, die mehrere Stimmen abgeben (<https://www.rferl.org/a/apparent-ballot-stuffing-filmed-during-tajik-polls-/30887637.html>), oder zugeben, für ihre Familienmitglieder abgestimmt zu haben (<https://www.rferl.org/a/two-tajik-voters-tell-rfe-rl-they-cast-multiple-ballots-/30887374.html>). Es muss noch abgewartet werden, zu welchem Schluss die Wahlbeurteilungsmission des ODIHR kommt, es muss jedoch sowieso davon ausgegangen werden, dass das Ergebnis mehr oder weniger im Vorhinein feststand.

Schließlich soll das offizielle Ergebnis von 91 Prozent Rahmon erneut eine hohe Legitimität verleihen, die durch die hohe offizielle Wahlbeteiligung noch unterstrichen wird. Dass Rahmon nach diesem Ergebnis nur noch mehr darin bestärkt ist, seine Innenpolitik weiter wie bisher zu verfolgen, zeigte sich bereits wenige Wochen nach der Wahl. Am zweiten Dezember wurde schließlich Asia Plus, einer der letzten unabhängigen Nachrichtenagenturen im Land, die Räumlichkeiten gekündigt (<https://eurasianet.org/tajikistan-independent-media-outlet-evicted-from-premises>), die nun einem staatlichen Outlet zur Verfügung gestellt werden. Wenige Tage später wurde der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Mahmurod Odinaev, auf Gesuch der Generalstaatsanwaltschaft wegen des Verdachtes auf »einen groben Verstoß gegen die öffentliche Ordnung« und angeblichen »Rowdytums« in einem Musterungsbüro festgenommen (<https://www.ozodi.org/a/mahmurod-odinaev-bozdosht-shud/30985199.html>). Gegen seinen Sohn wird ebenfalls wegen eines ähnlichen Vorwurfes ermittelt. Es scheint so, als würden nach dieser Präsidentschaftswahl auch die letzten verbliebenen unabhängigen Medienvertreter und Oppositionellen ins Visier der staatlichen Repression genommen.

Richard Schmidt

Grafik 1: Amtliches Endergebnis der tadschikischen Präsidentschaftswahl vom 11. Oktober 2020 (Stimmenanteil in %)



Grafik 2: Wahlbeteiligung bei der tadschikischen Präsidentschaftswahl vom 11. Oktober 2020 (in %)

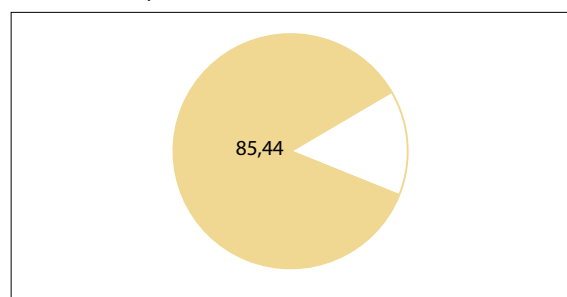


Tabelle 1: Amtliches Endergebnis der tadschikischen Präsidentschaftswahl vom 11. Oktober 2020

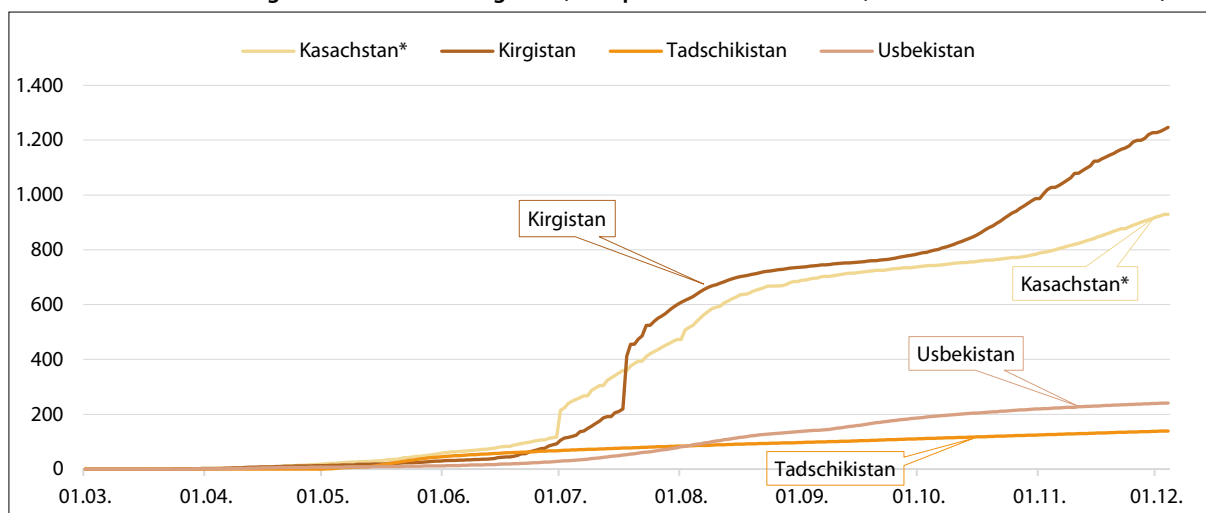
Kandidat	Partei	Stimmen	%
Emomali Rahmon	Volksdemokratische Partei	3.853.987	90,92
Rustam Latifzoda	Agrarpartei	128.182	3,02
Rustam Rahmatzoda	Partei der ökonomischen Reformen	90.918	2,14
Abduhalim Ghafforzoda	Sozialistische Partei	63.082	1,49
Miroj Abdulloyev	Kommunistische Partei	49.535	1,17
Gültige Stimmen Insgesamt		4.185.704	98,74
Ungültige Stimmen / Leerstimmen		53.135	1,26
Abgegebene Stimmen insgesamt		4.238.839	100,00
Wahlberechtigte / Wahlbeteiligung		4.961.188	85,44

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Tadschikistan (<http://kmir.tj/2020/10/14/qarori-komissiyai-markazii-intihobot-va-rajpursi-25/>)

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in Zentralasien

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 4. Dezember 2020)



Bis zum 04.12.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

* Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Fälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Fallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf den öffentlichen Angaben der jeweiligen Gesundheitsministerien. Der Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage der einzelnen Republiken wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 04.12.2020, 14:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (1. Oktober – 4. Dezember 2020)

Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan	Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan
01.10.	140.958	46.841	9.811	57.190	19.10.	145.473	52.526	10.533	63.523
02.10.	141.256	47.056	9.852	57.454	20.10.	145.603	52.910	10.574	63.831
03.10.	141.484	47.184	9.895	58.238	21.10.	145.966	53.459	10.613	64.010
04.10.	141.748	47.428	9.935	58.612	22.10.	146.288	54.006	10.653	64.439
05.10.	141.844	47.635	9.974	58.946	23.10.	146.653	54.588	10.695	64.724
06.10.	141.904	47.799	10.014	59.343	24.10.	146.982	55.144	10.736	64.923
07.10.	142.239	48.097	10.055	59.579	25.10.	147.297	55.750	10.776	65.307
08.10.	142.597	48.342	10.097	60.026	26.10.	147.463	56.170	10.819	65.667
09.10.	142.945	48.617	10.137	60.342	27.10.	147.615	56.738	10.860	65.881
10.10.	143.280	48.924	10.180	60.776	28.10.	148.037	57.276	10.900	66.141
11.10.	143.632	49.230	10.222	61.098	29.10.	148.479	57.798	10.939	66.392
12.10.	143.740	49.528	10.260	61.319	30.10.	149.066	58.394	10.977	66.628
13.10.	143.814	49.871	10.297	61.642	31.10.	149.699	58.878	11.017	66.932
14.10.	144.218	50.201	10.336	61.950	01.11.	150.380	58.878	11.054	67.156
15.10.	144.328	50.589	10.374	62.278	02.11.	150.863	59.879	11.096	67.254
16.10.	144.761	51.020	10.414	62.588	03.11.	151.321	60.774	11.139	67.553
17.10.	145.019	51.490	10.455	62.809	04.11.	152.022	61.309	11.180	67.779
18.10.	145.320	52.044	10.493	63.124	05.11.	152.725	61.309	11.219	68.009

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (1. Oktober – 4. Dezember 2020) (Fortsetzung)

Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan	Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan
06.11.	153.547	61.748	11.256	68.139	21.11.	166.468	69.149	11.854	71.431
07.11.	154.321	62.304	11.294	68.367	22.11.	167.341	69.581	11.894	71.617
08.11.	155.220	62.819	11.336	68.730	23.11.	167.385	69.885	11.932	71.774
09.11.	155.876	63.390	11.376	69.027	24.11.	168.803	70.366	11.971	71.985
10.11.	156.451	64.360	11.417	69.027	25.11.	169.827	71.171	12.008	72.227
11.11.	157.261	64.360	11.456	69.397	26.11.	170.808	71.548	12.044	72.409
12.11.	158.036	64.887	11.496	69.560	27.11.	171.795	71.548	12.082	72.513
13.11.	158.853	65.454	11.534	69.754	28.11.	172.805	71.971	12.118	72.718
14.11.	159.756	65.953	11.573	69.987	29.11.	173.763	72.807	12.155	72.870
15.11.	160.612	66.983	11.610	70.243	30.11.	174.563	73.178	12.194	73.094
16.11.	161.850	66.983	11.649	70.381	01.12.	175.565	73.178	12.231	73.276
17.11.	162.555	67.469	11.689	70.648	02.12.	176.342	73.513	12.269	73.335
18.11.	163.585	67.894	11.731	70.858	03.12.	177.386	73.933	12.308	73.431
19.11.	164.578	68.316	11.772	70.921	04.12.	177.386	74.373	12.308	73.592
20.11.	165.558	68.702	11.815	71.208					

Bis zum 04.12.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

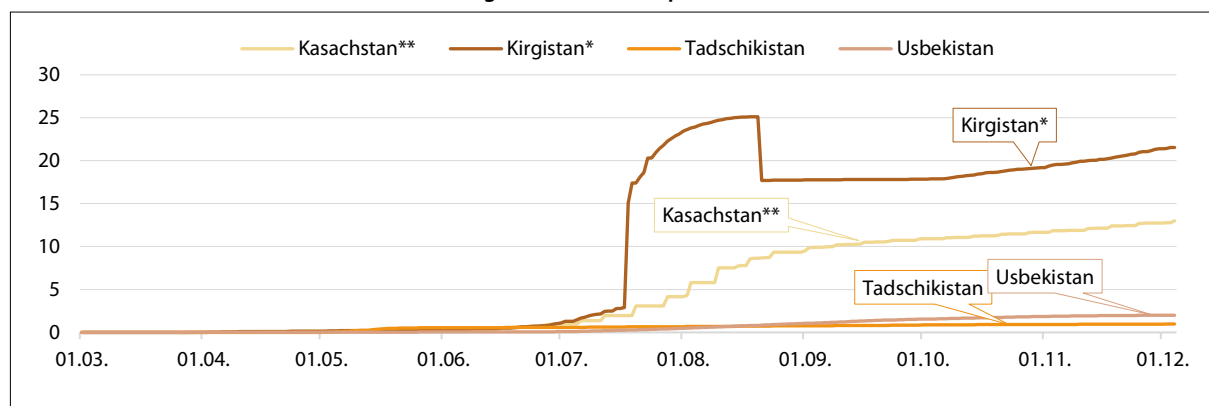
* Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Fälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Fallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf den öffentlichen Angaben der jeweiligen Gesundheitsministerien. Der Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage der einzelnen Republiken wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Für die Zahlen vom 01.03.–30.09. siehe Zentralasien-Analysen 140–143.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 04.12.2020, 14:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 4. Dezember 2020)



* Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium Kirgistans wurde die Zahl am 18.08.2020 von 1.490 auf 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.

** Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Todesfälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Todesfallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Bis zum 04.12.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf den öffentlichen Angaben der jeweiligen Gesundheitsministerien. Der Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage der einzelnen Republiken wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 04.12.2020, 16:27 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Gesamtzahl der Todesfälle, 1. Oktober – 4. Dezember 2020)

Datum	Kasachstan**	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan	Datum	Kasachstan**	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan
01.10.	2.080	1.065	77	471	03.11.	2.261	1.163	83	574
02.10.	2.082	1.065	77	472	04.11.	2.262	1.167	83	577
03.10.	2.083	1.066	77	477	05.11.	2.263	1.167	83	579
04.10.	2.083	1.066	78	480	06.11.	2.263	1.170	83	579
05.10.	2.085	1.066	78	485	07.11.	2.265	1.172	83	581
06.10.	2.085	1.066	78	489	08.11.	2.266	1.177	83	585
07.10.	2.107	1.069	78	491	09.11.	2.266	1.182	83	588
08.10.	2.108	1.073	78	496	10.11.	2.267	1.188	84	588
09.10.	2.110	1.077	79	498	11.11.	2.267	1.188	84	591
10.10.	2.111	1.082	79	502	12.11.	2.311	1.193	84	593
11.10.	2.113	1.085	79	505	13.11.	2.314	1.195	85	594
12.10.	2.114	1.090	79	509	14.11.	2.315	1.196	85	594
13.10.	2.116	1.092	79	511	15.11.	2.317	1.203	85	598
14.10.	2.141	1.094	79	514	16.11.	2.319	1.203	85	598
15.10.	2.141	1.099	80	518	17.11.	2.320	1.207	85	599
16.10.	2.144	1.103	80	520	18.11.	2.366	1.212	86	601
17.10.	2.148	1.108	80	522	19.11.	2.368	1.217	86	601
18.10.	2.149	1.111	80	525	20.11.	2.369	1.223	86	603
19.10.	2.150	1.111	80	531	21.11.	2.370	1.227	86	603
20.10.	2.155	1.113	80	534	22.11.	2.372	1.231	86	603
21.10.	2.184	1.118	80	534	23.11.	2.372	1.237	86	604
22.10.	2.186	1.122	81	540	24.11.	2.373	1.241	86	604
23.10.	2.187	1.126	81	542	25.11.	2.422	1.251	86	606
24.10.	2.189	1.130	81	544	26.11.	2.424	1.256	86	607
25.10.	2.189	1.134	81	549	27.11.	2.429	1.256	86	607
26.10.	2.190	1.134	81	552	28.11.	2.430	1.262	86	608
27.10.	2.191	1.136	81	556	29.11.	2.433	1.271	86	608
28.10.	2.221	1.138	82	558	30.11.	2.433	1.275	86	610
29.10.	2.222	1.139	82	561	01.12.	2.434	1.275	86	611
30.10.	2.224	1.142	82	563	02.12.	2.436	1.277	87	611
31.10.	2.226	1.144	82	566	03.12.	2.438	1.285	87	611
01.11.	2.227	1.144	82	570	04.12.	2.482	1.285	87	611
02.11.	2.227	1.155	82	571					

*Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium Kirgistans wurde die Zahl am 18.08.2020 von 1.490 auf 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.

**Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Todesfälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Todesfallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Bis zum 04.12.2020 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Für die Zahlen vom 26.03.–30.09. siehe Zentralasien-Analysen 142–143.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 04.12.2020, 16:27 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

**28. September –27. November 2020
(einschließlich Covid-19-Chronik)**

Kasachstan

Erstellt von Richard Schmidt

29.9.2020	Der Nationale Gerichtshof von Frankreich gewährt dem dort lebenden ehemaligen kasachstanischen Energieminister und Gründer der in Kasachstan verbotenen Partei Demokratische Wahl Kasachstans (DCK), Mughtar Abljsaow, politisches Asyl. Abljasow wurde 2017 in Kasachstan in Abwesenheit wegen Veruntreuung von bis zu fünf Mrd. US-Dollar während seiner Tätigkeit als Vorsitzender der BTA Bank zu 20 Jahren Freiheitsentzug und 2018 von einem Gericht in Taras (Gebiet Dschambyl) wegen der angeblichen Beauftragung der Ermordung des Bankers Erdschan Tatischew, ebenfalls in Abwesenheit, zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Nach Angaben von Abljasow sind die Verurteilungen unrechtmäßig und politisch motiviert.
1.10.2020	Gesundheitsminister Alexei Tsoi kündigt neue epidemiologische Maßnahmen an. U. a. wird die Wiederaufnahme von internationalen Zivilflügen vorläufig ausgesetzt, die Flugverbindungen mit der Türkei sollen reduziert werden. Rückkehrer aus 21 Ländern müssen sich für die Dauer einer Testung auf eine Erkrankung mit Covid-19 in Krankenhausquarantäne begeben.
5.10.2020	Nach Angaben des für den Transportsektor zuständigen nationalen Chefarztes Sadwakas Baigabulow können ausländische Staatsbürger auf dem Luftweg ab sofort nur noch mit einem negativen Covid-19-Test einreisen.
5.10.2020	Mughtar Abljsaow, der vor einer Woche politisches Asyl in Frankreich erhalten hatte, wird in Paris von der französischen Polizei festgenommen, kurze Zeit später jedoch wieder freigelassen. Nach Angaben der Pariser Staatsanwaltschaft läuft auf Gesuch Kasachstans aus dem Jahr 2017 ein Strafermittlungsverfahren gegen Abljasow wegen des Verdachtes auf Geldwäsche in Milliardenhöhe.
8.10.2020	Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung, in der die Angriffe auf kasachstanische Arbeitnehmer in Kirgistan im Zuge der dortigen Unruhen nach der Parlamentswahl und Versuche zur Enteignung von Vermögenswerten kasachstanischer Investoren in Kirgistan scharf verurteilt werden. Kirgistan wird aufgefordert, die Sicherheit von kasachstanischen Bürgern und Unternehmen auf kirgisischem Territorium zu gewährleisten.
8.10.2020	Premierminister Askar Mamin empfängt den russischen Handels- und Industrieminister Denis Manturov in Nur-Sultan zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit u. a. im Rahmen der EAEU.
9.10.2020	Der Chefarzt von Schimkent erweitert das städtische Quarantäneregime bis zum 26.10.2020.
9.10.2020	Präsident Kasym-Dschomart Tokajew schließt sich einem öffentlichen Aufruf seiner turkmenischen, tadschikischen und usbekischen Amtskollegen an, in dem die gemeinsame Hoffnung auf eine friedliche Lösung der aktuellen politischen Krise in Kirgistan zum Ausdruck gebracht wird.
13.10.2020	Im Zusammenhang mit einem dynamischen Infektionsgeschehen werden in Nur-Sultan erneut restriktive Quarantänemaßnahmen getroffen. U. a. werden erneut Einschränkungen für den Betrieb von Cafés, Restaurants und Bädern erlassen, 60 % der Beschäftigten des öffentlichen Sektors werden ins Heimbüro entlassen und am Sonntag wird der öffentliche Nahverkehr ausgesetzt. Präsident Tokajew ordnet verschärfte Grenzkontrollen an.
13.10.2020	Das Energieministerium erlässt wegen eines Überangebotes auf dem Binnenmarkt ein Verbot für die Einfuhr von Leichtöl.
15.10.2020	Im Zusammenhang mit einem dynamischen Infektionsgeschehen werden in Almaty und den Gebieten Nordkasachstan und Akmola ebenfalls erneut restriktive Quarantänemaßnahmen eingeführt.
15.10.2020	Außenminister Mughtar Tileuberdi nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Außenministersitzung im Format »Zentralasien + Russland« teil.
16.10.2020	Präsident Tokajew und Verteidigungsminister Nurlan Jermekbajew empfangen den russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu in Nur-Sultan zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen militärischen und militärtechnischen Zusammenarbeit, wobei beide Seiten ein aktualisiertes Übereinkommen zur militärischen Kooperation unterzeichnen, das im Gegensatz zum auslaufenden Übereinkommen aus dem Jahr 1994 u. a. auch die Bereiche Friedensmissionen und regionale Sicherheit umfasst.
17.10.2020	Im Zusammenhang mit einem dynamischen Infektionsgeschehen werden in den Gebieten Dschambyl, Almaty sowie Ost- und Westkasachstan ebenfalls erneut restriktive Quarantänemaßnahmen eingeführt.
19.10.2020	Auf Anordnung von Premierminister Mamin wird die Anzahl der wöchentlichen Auslandsflüge ab dem 26.10.2020 reduziert.
20.10.2020	Nach Angaben des staatlichen Antikorruptionsdienstes ist Rustem Ibragimow bereits am 15.10.2020 von einem Gericht in Almaty zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Ibragimow soll während seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Kreditvergabeabteilung der BTA Bank zusammen mit dem damaligen Bankvorsitzenden Mughtar Abljsaow an massivem Kreditbetrug und der Veruntreuung von bis zu fünf Mrd. US-Dollar beteiligt gewesen sein.
21.10.2020	Präsident Tokajew terminiert die kommenden Wahlen für das Unterhaus des Parlamentes auf den 10.1.2021.

21.10.2020	Air Astana reduziert die Zahl der wöchentlichen Flugverbindungen mit der Türkei, der Ukraine, Deutschland und den VAE.
23.10.2020	Der für den Transportsektor zuständige nationale Chefarzt Baigabulow ordnet an, dass ab sofort sämtliche Personen, kasachstanische Staatsbürger miteingeschlossen, die auf dem Luftweg nach Kasachstan einreisen wollen, einen negativen Covid-19-Test vorlegen müssen.
24.10.2020	Der Chefarzt von Schimkent erweitert das städtische Quarantäneregime bis zum 9.11.2020.
26.10.2020	Verteidigungsminister Jermekbajew empfängt seinen türkischen Amtskollegen Hulusi Akar in Nur-Sultan zu einem Gespräch über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit in militärischen und militärischen Fragen.
27.10.2020	Der Erste Präsident Nursultan Nasarbajew wird in den VAE vom emiratischen Minister für Präsidenschaftsangelegenheiten Mansour bin Zayed Al Nahyan zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Kultur und Tourismus, empfangen.
28.10.2020	Außenminister Tileuberdi nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Außenministersitzung im Format »Indien – Zentralasien« teil.
29.10.2020	In Almaty werden die Quarantänemaßnahmen verschärft, u. a. gelten ab sofort strengere Auflagen für den Betrieb von Restaurants und Cafés.
29.10.2020	Aufgrund einer sich verschärfenden epidemiologischen Situation im Gebiet Ostkasachstan wird das Gebiet sowie die Hauptstadt Öskemen auf Anordnung des regionalen Chefarztes ab dem 1.11.2020 mit Kontrollposten abgeriegelt und die Möglichkeiten zur Ein- und Ausreise eingeschränkt.
30.10.2020	Präsident Tokajew empfängt den kirgisischen Außenminister Ruslan Kasakbajew in Nur-Sultan zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit, wobei beide Seiten das »brüderliche« Verhältnis der Staaten betonen, das demnach in Zukunft noch weiter gestärkt werden soll.
31.10.2020	Bei einer genehmigten Kundgebung demonstrieren in Almaty ca. 300 Personen für politische Reformen und gegen politisch motivierte Strafverfolgung.
1.11.2020	Aufgrund einer sich verschärfenden epidemiologischen Situation im Gebiet Karaganda wird das Gebiet auf Anordnung des Gouverneurs ab dem 4.11.2020 mit Kontrollposten abgeriegelt und die Ein- und Ausreise nur noch mit negativem Covid-19-Test möglich sein.
3.11.2020	Aufgrund einer sich verschärfenden epidemiologischen Situation im Gebiet Akmola wird das Gebiet sowie die Hauptstadt Kökschetau auf Anordnung des regionalen Chefarztes mit Kontrollposten abgeriegelt und die Möglichkeiten zur Ein- und Ausreise eingeschränkt.
3.11.2020	Das Finanzministerium gibt bekannt, dass der ehemalige Gesundheitsminister Jeldschan Birtanow bereits vor einer Woche wegen des Verdachtes auf Veruntreuung in besonders hohem Ausmaß festgenommen wurde. Birtanow war im Juni nach einer Infektion mit Covid-19 und einer anschließenden Lungenentzündung zurückgetreten.
3.11.2020	Nach Angaben des Regierungsprescribedienstes wurden die Einreisebestimmungen für Ausländer dahingehend geändert, dass eine Einreise nur noch einmal pro drei Monaten möglich ist. Die Möglichkeit der visafreien Einreise für Bürger von 57 Staaten bleibt bis zum 1.5.2021 ausgesetzt, die Ausgabe von 72-Stunden-Visa bleibt bis zum 1.1.2021 ausgesetzt.
4.11.2020	Der ehemalige Gouverneur des Gebietes Pawlodar, Orasgeldy Kaigeldinow, wird wegen des Verdachtes auf Korruption während seiner Amtszeit von Beamten der regionalen Antikorruptionsbehörde festgenommen.
6.11.2020	In Schimkent werden die restriktiven Quarantänemaßnahmen, die ursprünglich am 9.11.2020 aufgehoben werden sollten, bis zum 23.11.2020 verlängert.
6.11.2020	Premierminister Mamin nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Sitzung des GUS-Premierministerrates teil.
10.11.2020	Aufgrund einer sich verschärfenden epidemiologischen Situation im Gebiet Kostanai wird das Gebiet auf Anordnung der Gebietsverwaltung ab dem 12.11.2020 mit Kontrollposten abgeriegelt und die Möglichkeiten zur Ein- und Ausreise eingeschränkt. Im Gebiet Westkasachstan wird für zwei Wochen eine Ausgangssperre für die Zeit zwischen 23:00 Uhr und 6:00 Uhr eingeführt.
10.11.2020	Präsident Tokajew nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Sitzung des Rates der SCO-Staatsoberhäupter teil.

13.11.2020	Während einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes des Nationalen Wohlstandsfonds Samruk-Kazyna mit dem Ersten Präsidenten Nasarbajew wird die Umwandlung des als Aktiengesellschaft strukturierten Fonds in eine Investment Holding beschlossen.
14.11.2020	In Almaty demonstrieren mehrere Hundert Personen auf einer von den Behörden offiziell genehmigten Kundgebung für einen Boykott der Parlamentswahlen am 10.1.2021, für die Freilassung aller politischen Häftlinge und für ein Moratorium über den Verkauf von Land an Ausländer. Die Kundgebung wurde vom Initiator der nicht registrierten Demokratischen Partei Kasachstan, Dschanbolat Mamai, angemeldet.
17.11.2020	Außenminister Tileuberdi nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Sitzung im Format »Zentralasien – EU« teil, wobei letztere durch den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell, vertreten ist.
21.11.2020	Premierminister Mamin empfängt seinen usbekischen Amtskollegen Abdulla Aripow in Turkestan zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen und Fragen des grenzüberschreitenden Handels.
24.11.2020	Nach Angaben der UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen hat Kasachstan mit der Festnahme des Menschenrechtsaktivisten Serikdschan Bilasch im März 2019 internationales Recht gebrochen. Der aus dem Ujgurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (China) stammende Bilasch hat sich nach seiner Annahme der kasachstanischen Staatsbürgerschaft für die Rechte ethnischer Kasachen in Xinjiang und gegen deren Unterdrückung durch die chinesische Regierung eingesetzt, und wurde dann aufgrund des Verdachtes auf »Anstiftung zu interethnischen Feindseligkeiten« festgenommen.
25.11.2020	Nach Angaben des Finanzministeriums nimmt Kasachstan zum Zweck der Haushaltskonsolidierung und zum Ausgleich pandemiebedingter Mehrausgaben bei der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) und der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) niedrigverzinsten Kredite im Gesamtwert von über 1,5 Mrd. US-Dollar auf.
25.11.2020	Nach Angaben der Partei Nur-Otan wird die Tochter des Ersten Präsidenten Nasarbajew und ehemalige Senatssprecherin Dariga Nasarbajewa als Listenkandidatin für die Parlamentswahlen am 10.1.2021 antreten.

Kirgistan

Erstellt von Richard Schmidt

29.9.2020	Präsident Dscheenbekow wird in Budapest vom ungarischen Premierminister Viktor Orban zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit empfangen. U. a. einigen sich Dscheenbekow und Orban auf eine Direktflugstrecke zwischen Bischkek und Budapest und die Erhöhung der Quote kirgisischer Studenten in Kirgistan von 75 auf 150. Darüber hinaus unterzeichnen sie eine Absichtserklärung über die Etablierung eines kirgisisch-ungarischen Entwicklungsfonds und wohnen der Eröffnungszeremonie eines neuen Parks in Budapest bei, der nach dem 2008 verstorbenen kirgisischen Schriftsteller Tschingis Aitmatow benannt ist.
4.10.2020 – 15.10.2020	<i>Für einen Überblick über die von massiven Unruhen in Bischkek geprägten Ereignisse im Zusammenhang mit der Parlamentswahl vom 4.10.2020 und der ihr nachfolgenden politischen Entwicklungen, die in der Annullierung des Wahlergebnisses sowie im Rücktritt von Präsident Dscheenbekow und der Übernahme der Regierungsgeschäfte und der Interimspräsidentschaft durch den verurteilten Geiselnahmer Sadyr Dschaparow mündeten, folgen Sie bitte dem folgenden Link: https://www.zois-berlin.de/ueber-uns/aktuelles/die-ereignisse-in-kirgistan/</i>
18.10.2020	Nach Angaben des in Frankreich lebenden Journalisten Ulugbek Babakulow hat der ehemalige Premierminister Sapar Isakow in Frankreich politisches Asyl beantragt.
19.10.2020	Interimspräsident Dschaparow ernennt Dschanibek Dschalolow zum neuen Gouverneur des Gebietes Baken, Aibek Busurmankulow zum neuen Gouverneur des Gebietes Talas, Sabyrkul Aschimabajew zum neuen Gouverneur des Gebietes Naryn, Absattar Syrgabajew zum neuen Gouverneur des Gebietes Dschalalabad und Dscharasul Abduraimow zum neuen Gouverneur des Gebietes Osch. Sujunbek Kasmambetow wird zum neuen Stabschef der Präsidialadministration ernannt, Kadyrdschan Semetejew zum neuen Vorsitzenden der staatlichen Zollbehörde.
19.10.2020	Der Oberste Gerichtshof hebt die 2013 über Interimspräsident Dschaparow und den GKNB-Vorsitzenden Kamtschybek Taschijew verhängten Urteile (ein Jahr und fünf Monate Freiheitsentzug) wegen versuchter illegaler Machtübernahme auf. Während einer Demonstration für die Verstaatlichung der Kumtor-Goldmine 2012 in Bischkek sollen Dschaparow und Taschijew versucht haben sich illegal Zutritt zum Weißen Haus zu verschaffen.
19.10.2020	Nach Angaben von Akipress wurde dem ehemaligen Premierminister Muchamedkaliy Abylgasijew die Ausreise verboten. Grenzschutzbeamte seien angewiesen, Abylgasijew an die Finanzpolizei zu übergeben, wenn dieser versuchen sollte das Land zu verlassen.
20.10.2020	Der Bürgermeister von Bischkek, Asis Surakmatow, tritt zugunsten seiner Teilnahme an der kommenden Parlamentswahl von seinem Posten zurück, wonach der kurz zuvor zum stellvertretenden Bürgermeister ernannte Nariman Tjulejew das Amt übernimmt. Tjulejew, der bereits zwischen 2008 und 2010 Bürgermeister von Bischkek war, hat zwischen 2013 und 2016 eine Freiheitsstrafe wegen Korruption abgesessen.
20.10.2020	In Bischkek werden der ehemalige Leiter der Finanzpolizei, Emil Dschamgyrtshijew, und der ehemalige stellvertretende Leiter der nationalen Zollbehörde, Rajimbek Matraimow, wegen des Verdachtes auf Korruption während ihrer jeweiligen Amtstätigkeiten von GKNB-Beamten festgenommen. Matraimow wird kurz darauf freigelassen, nachdem dieser schwört Bischkek nicht zu verlassen. Nach Angaben des GKNB hat sich Matraimow außerdem bereit erklärt, den ermittelten durch ihn verursachten Haushaltsschaden in Höhe von zwei Mrd. Som (ca. 25 Mio. US-Dollar) außergerichtlich zu begleichen, wovon er 80 Mio. Som bereits gezahlt habe. Matraimow hat nach Recherchen u. a. des Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) zufolge während seiner Amtstätigkeit ein transnationales Korruptions- und Schmuggelschema entwickelt, durch das illegale Einnahmen in Höhe von bis zu 700 Mio. US-Dollar am Fiskus vorbei aus Kirgistan heraus transferiert worden sein sollen.
21.10.2020	Die CEC terminiert die Wiederholung der Parlamentswahlen auf den 20.12.2020.
21.10.2020	Interimspräsident Dschaparow ernennt den Mekentschil-Parteipolitiker Taschtanbek Kaimasarow zum neuen Leiter des staatlichen Migrationsdienstes und Kurmankul Suluschew zum neuen Generalstaatsanwalt. Dschaparow entlässt außerdem Landwirtschaftsminister Erkinbek Tschodujew und ersetzt diesen durch den 29-jährigen Ata-Meken-Parteipolitiker Tilek Toktogasijew.
21.10.2020	Vor dem Gebäude des Obersten Gerichtshofes in Bischkek versammeln sich ca. 50 Unterstützer von Ex-Präsident Atambajew und verlangen eine Revision im Fall der illegalen vorzeitigen Haftentlassung des Schwerkriminellen Asis Batukajew. Atambajew wurde im Juni zu 11 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, nachdem er während seiner Tätigkeit als Präsident 2013 die frühzeitige Entlassung des u. a. wegen Mordes verurteilten Batukajew angeordnet haben soll, wonach sich dieser nach Tschetschenien abgesetzt hat. Die ärztlichen Atteste, die Batukajew Blutkrebs bescheinigten, waren gefälscht.
21.10.2020	Interimspräsident Dschaparow verspricht allen Beamten, die sich »durch systematische Korruption selbst bereichert haben«, eine »wirtschaftliche Amnestie«, wenn diese innerhalb der kommenden 30 Tage ihre Korruptionsschemen aufdecken und die darüber generierten Geldsummen an den Staat zurückzahlen.

22.10.2020	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung eine Änderung der Wahlgesetzgebung: Die Sperrklausel für den Einzug ins Parlament wird von sieben auf drei Prozent herabgesetzt und die Gebühr zur Wahlregistrierung wird verringert. Außerdem wird ein Gesetz verabschiedet, das den Termin für die Neuwahlen am 20.12.2020 aufhebt und diese erst nach der Verabschiedung aktuell geplanter Verfassungsänderungen ermöglicht. Demnach soll spätestens bis zum 21.1.2021 eine Verfassungsreform erfolgen, Neuwahlen sollen bis zum 1.6.2021 angesetzt werden. Das Parlament streicht außerdem das »Formblatt 2« aus der Wahlgesetzgebung, mit dem es Bürgern bisher möglich war, außerhalb des eigenen Wahlbezirkes abzustimmen.
22.10.2020	Nach gegen ihn gerichtete Demonstrationen tritt der Bürgermeister von Bischkek, Nariman Tjulejew, von seinem Posten zurück. Da der Rücktritt jedoch erst durch Interimspräsident Dschaparow bestätigt werden muss, bleibt Tjulejew als kommissarischer Bürgermeister vorläufig weiterhin im Amt, wird jedoch vertreten durch den stellvertretenden Bürgermeister Almas Baketajew.
22.10.2020	In Bischkek wird der mutmaßliche Schwermörder Kantschi Kolbajew wegen des Verdachtes auf Gründung einer kriminellen Vereinigung von GKNB-Beamten festgenommen. Kolbajew wird nachgesagt, eine der führenden Persönlichkeiten im transnationalen Menschen-, Drogen- und Waffenschmuggel innerhalb und außerhalb der Region zu sein.
24.10.2020	Die CEC terminiert die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen auf den 10.1.2021.
24.10.2020	Auf Anordnung des Perwomaiski-Gerichtes in Bischkek werden die Räumlichkeiten der CEC durchsucht und sämtliche Dokumente und Notizen über mögliche Wahlunregelmäßigkeiten und -fälschungen, welche bei der CEC während und nach der Parlamentswahl eingegangen sind, beschlagnahmt.
26.10.2020	Nach Angaben des staatlichen Strafvollzugsdienstes wurden der ehemalige Premierminister Sapar Isakow und der ehemalige Bürgermeister von Bischkek, Albek Ibraimow, zur internationalen Fahndung ausgeschrieben. Beide wurden am 6.10.2020 von Unterstützern aus dem Gefängnis befreit, wo sie lebenslange Haftstrafen wegen Korruption absaßen.
27.10.2020	Interimpräsident Dschaparow ernennt den ehemaligen Gouverneur des Gebietes Issyk-Kul, Balbak Tulobajew, zum neuen kommissarischen Bürgermeister von Bischkek, bis ein neuer Bürgermeister durch den Stadtrat gewählt wird.
27.10.2020	Nachdem Keneschbek Duischebajew zuvor von seinem Posten als Vorsitzender des nationalen Sicherheitsrates zurückgetreten ist, ernennt Interimspräsident Dschaparow den bisherigen Leiter des staatlichen Militärinstitutes, Ryskeldi Musajew, zu dessen Nachfolger.
28.10.2020	Vor dem Rathaus in Bischkek demonstrieren über 70 Personen gegen den kommissarischen Bürgermeister Balbak Tulobajew und für die Rückkehr der bisherigen stellvertretenden Bürgermeisterin Victoria Mosgatschewa und des bisherigen stellvertretenden Bürgermeisters Alymbek Abdyldajew, die beide am Vortag von Tulobajew entlassen wurden.
28.10.2020	Interimspräsident Dschaparow und die neue Regierung werden im Parlament vereidigt.
28.10.2020	Die Parteien »Meken Yntymagy«, »Reforma«, »Samandasch«, »Butun« und die SDK vereinigen sich zur sozialpolitischen Bewegung »Umut« (»Hoffnung«). Diese fordert u. a. die Abhaltung der Parlamentswahlen, wie ursprünglich von der CEC vorgesehen, am 20.12.2020, die Absenkung der Sperrklausel für den Einzug ins Parlament auf drei Prozent und die Einstellung des Drucks auf die CEC vonseiten staatlicher Strafvollzugsbehörden.
28.10.2020	Außenminister Kasakbajew nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Außenministersitzung im Format »Indien – Zentralasien« teil.
30.10.2020	Außenminister Kasakbajew wird in Nur-Sultan vom kasachstanischen Präsidenten Kasym-Dschomart Tokajew zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit empfangen, wobei beide Seiten das »brüderliche« Verhältnis der Staaten betonen, das in Zukunft noch weiter gestärkt werden soll. Während eines Gesprächs mit dem kasachstanischen Premierminister Askar Mamin bittet Kasakbajew die kasachstanische Seite um finanzielle Unterstützung zur vorübergehenden Konsolidierung des kirgisischen Haushaltes und um Hilfslieferungen benötigter Medikamente.
3.11.2020	Nach Angaben von Interimspräsident Dschaparow wurden der ehemalige Innenminister Kaschkar Dschunuschalijew und der ehemalige GKNB-Vorsitzende Orosbek Opumbajew wegen des Verdachtes auf Involvement in die gewalttätigen Ausschreitungen nach der Wahl am 4.10.2020 zur Fahndung ausgeschrieben.
4.11.2020	Nach der Nominierung von Kanatbek Isajew als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen am 10.1.2021 durch die Partei »Kirgistan« tritt dieser von seinem Amt als Parlamentssprecher zurück. Der Abgeordnete Talant Mamytow (Respublika), der als Vertrauter Dschaparows gilt, wird daraufhin zum neuen Parlamentssprecher gewählt. Isajew ist der siebte Politiker, der seine offizielle Kandidatur für das Amt des Präsidenten bekannt gegeben hat.

6.11.2020 / 10.11.2020	Interimspräsident und Premierminister Dschaparow nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Sitzung des GUS-Premierministerrates und vier Tage später an der Sitzung des Rates der SCO-Staats-oberhäupter teil.
13.11.2020	Per Dekret löst Interimspräsident Dschaparow den staatlichen Grenzschutzdienst auf. Im Gegenzug wird ein neuer Grenzschutzdienst, der Teil des GKNB ist, gegründet.
14.11.2020	Sadyr Dschaparow reicht seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl bei der CEC ein.
16.11.2020	Sadyr Dschaparow tritt zugunsten seiner Kandidatur für die anstehende Präsidentschaftswahl offiziell von seinen Ämtern als Interimspräsident und Premierminister zurück. Parlamentssprecher Talant Mamytow übernimmt die Interimspräsidentschaft, der erste stellvertretende Premierminister Artem Nowikow übernimmt das Amt des kommissarischen Premierministers.
17.11.2020	Außenminister Kasakbajew nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Sitzung im Format »Zentralasien – EU« teil, wobei letztere durch den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell, vertreten ist.
18.11.2020	Das Parlament legt der Öffentlichkeit einen Gesetzesvorschlag zur Änderung der Verfassung vor, über den am 10.1.2020, dem Tag der Präsidentschaftswahl, per Referendum abgestimmt werden soll. Der Vorschlag sieht u. a. die Einführung eines semi-präsidentalen Regierungssystems vor, in dem der Präsident eine vom Konsens des Parlamentes abhängige Regierung einsetzt. Außerdem wird eine <i>Kurultai</i> genannte Volksversammlung als »höchstes beratendes Organ der Volksherrschaft« bestimmt. Bereits kurz nach Veröffentlichung zieht der Vorschlag in den sozialen Medien und vonseiten der Opposition umfassende Kritik auf sich.
20.11.2020	Die Regierung erlässt ein sechsmonatiges Verbot für die Ausfuhr von Agrarprodukten in Nicht-EAEU-Staaten.
22.11.2020	In Bischkek demonstrieren über 500 Personen unter dem Motto »Nein zum Khanat! Nein zum Referendum!« gegen die kürzlich vom Parlament vorgelegten Vorschläge zur Änderung der Verfassung und gegen die für den 10.1.2021 geplante Durchführung eines damit zusammenhängenden Referendums.
24.11.2020	Nach Ablauf der Frist und der Prüfung der eingereichten Dokumente auf Gültigkeit hat die CEC 47 Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 10.1.2021 registriert.

Tadschikistan

Erstellt von Rostam Onori

30.9.2020	Laut Angaben des Innenministeriums konnte ein Angriff auf den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Tadschikistans nicht bestätigt werden. Rachmatillo Zojirow hatte in sozialen Medien am 24.9.2020 angegeben, er sei vor seiner Wohnung von Unbekannten angegriffen worden. Zuvor hatte Zojirow zum Boykott der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen aufgerufen. Laut Stellungnahme des Innenministeriums sei Zojirow jedoch unverschuldet gestürzt, was zudem ein Nachbar beobachtet habe. Laut Meldung des tadschikischen Dienstes von RFE/RL dementierte Zojirow die Angaben des Innenministeriums und gab u. a. an, den vom Innenministerium genannten Nachbarn nicht zu kennen.
3.10.2020	Präsident Emomali Rachmon trifft in Duschanbe Zalmay Khalizad, den US-Sonderbeauftragten für den afghanischen Friedensprozess. Rachmon betonte während des Treffens, Tadschikistans Unterstützung für die derzeit stattfindenden innerafghanischen Friedensverhandlungen.
3.10.2020	Nach Angaben von Angehörigen habe sich der Gesundheitszustand von Rachmatullo Radschab, Mitglied der in Tadschikistan verbotenen Islamischen Wiedergeburtspartei (IRPT), deutlich verschlechtert. Den Berichten zufolge leide Radschab u. a. an hohem Fieber und würde nicht ausreichend medizinisch versorgt. Radschab verbüßt eine 28-jährige Haftstrafe in der Duschanbeer Strafkolonie 3/1 und wurde 2015 festgenommen. Seine Festnahme und Verurteilung erfolgte im Zuge des Verbots der IRPT im Jahr 2015.
3.10.2020	Dani Engel, Leiter des israelischen »Herzilya Medical Centers«, dementiert Gerüchte über eine angebliche Behandlung von Rustam Emomali in seiner medizinischen Einrichtung. Rustam Emomali ist Sohn von Präsident Rachmon und amtierender Bürgermeister von Duschanbe sowie Sprecher des Senates.
7.10.2020	Laut einer Meldung von Asia-Plus wird die seit März geschlossene tadschikisch-kirgisische Grenze aufgrund der jüngsten Ereignisse in Kirgistan derzeit deutlich schärfer bewacht.
9.10.2020	Im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung mit den Präsidenten von Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan veröffentlichte das tadschikische Außenministerium auf seiner Website eine Stellungnahme zur Lage in Kirgistan. Darin wird u. a. zur Wiederherstellung der Stabilität im Nachbarland appelliert sowie auf die Rolle Kirgistans zur Wahrung der Stabilität in der gesamten Region hingewiesen.
11.10.2020	In Tadschikistan finden Präsidentschaftswahlen statt. Es kandidieren fünf Bewerber um das Präsidentenamt. Hierzu zählen der amtierende Präsident Emomali Rachmon (Volksdemokratische Partei Tadschikistans), Rustam Latifzoda (Agrarpartei), Abduchalim Gafforzoda (Sozialistische Partei), Rustam Rachmatzoda (Wirtschaftspartei) und Miroj Abdullojew (Kommunistische Partei). Die Sozialdemokratische Partei Tadschikistans (SPTD) hatte zuvor aufgerufen die Wahl zu boykottieren und nahm ihre Kandidatur zur Wahl dementsprechend zurück. Ein parteiloser Kandidat aus Chorog, Autonomes Gebiet Berg-Badachschan (GBAO/VMKB), Faromuz Irgaschew, wurde nicht zur Wahl zugelassen. Die Wahlkommission begründete den Schritt damit, dass Irgaschew zum Ablauf der Nominierungsfrist die notwendige Anzahl von 260.000 Unterschriften nicht vorweisen konnte.
12.10.2020	Angaben der Zentralen Wahlkommission zufolge gewinnt der amtierende Präsident Emomali Rachmon mit 90,92 % der Stimmen die Präsidentschaftswahlen. Beobachtern zufolge war dies die erste Wahl in Tadschikistan, welche de facto ohne Opposition stattfand. In seiner Wahlanalyse verweist das deutschsprachige Redaktionsnetzwerk NOVASTAN auf Aussagen und Einschätzungen des Journalisten Tohir Safarow. Dieser ist tätig für den tadschikischen Dienst von RFE/RL und unterstellte sämtlichen zur Wahl angetretenen Gegenkandidaten, dass diese keine ernsthafte politische Agenda sowie Machtabsichten hätten. Sie seien lediglich zur Aufrechterhaltung des Scheins freier Wahlen angetreten. Safarows Angaben berufen sich auch auf Recherchen, wonach kurz vor der Wahl keines der Wahlkampfbüros der Gegenkandidaten geöffnet war. Zudem seien die Gegenkandidaten in Tadschikistan weitestgehend unbekannt gewesen. Videoaufnahmen von RFE/RL zeigen, wie Personen mehrere Stimmen gleichzeitig (u. a. für Familienmitglieder) abgeben. Stimmabgaben für Familienmitglieder sind laut tadschikischem Recht illegal. Die Wahl wurde von unterschiedlichen Wahlbeobachtern begleitet. GUS-Wahlbeobachter lobten u. a. die hohe Wahlbeteiligung. Vonseiten der OSZE liegen zum Redaktionsschluss keine Aussagen über die Wahl vor, jedoch bleibt zu erwähnen, dass diese lediglich sieben Wahlbeobachter ins Land entsandte, 2013 waren es noch 178.
14.10.2020	Die Zentrale Wahlkommission veröffentlichte das Endergebnis der Präsidentschaftswahlen. Den Angaben zufolge stimmten 90,92 % der Wähler für den amtierenden Präsidenten Rachmon, auf die Gegenkandidaten entfielen folgende Stimmanteile: Miroj Abdulloew 1,17 %, Abduchalim Gafforzoda 1,49 %, Rustam Rachmatzoda 2,14 %, Rustam Latifzoda 3,02 %.
22.10.2020	Auf einer aktualisierten Fahndungs- und Sanktionsliste des UN-Sicherheitsrats wird weiterhin der Name von Gulmurod Khalimow erwähnt, was Zweifel an seinem Tod nährt. Khalimov war bis Ende April 2015 Leiter der tadschikischen OMON-Kräfte und desertierte zum Islamischen Staat. Vermutlich starb Khalimow bei einem russischen Luftangriff auf syrische IS-Gebiete im September 2017. Sein Tod ist jedoch nicht zweifelsfrei gesichert.

27.10.2020	Laut neusten Angaben des Internationalen Währungsfonds über weltweite Jahreseinkommen belegt Tadschikistan im postsowjetischen Raum (unverändert) den letzten Platz. Berechnungen von Asia-Plus zufolge ist das durchschnittliche Jahreseinkommen in Tadschikistan 1,4-mal niedriger als in Kirgistan, doppelt so niedrig wie in Usbekistan und 10-mal niedriger als in Kasachstan.
28.10.2020	Landesweit kommt es zu hohen Lohnrückständen. Asia-Plus meldet, unter Bezugnahme auf Angaben der Agentur für Statistik, dass sich die Rückstände für den Monat August auf 1 Mio. US-Dollar berufen.
30.10.2020	Emomali Rachmon tritt im Duschanbeer Kohi Somon-Gebäude seine fünfte Amtszeit an. Während seiner Verteidigungsrede bekundete Rachmon eine Verdopplung des Bruttoinlandsproduktes sowie volle Energiesouveränität in seiner neuen Amtszeit erreichen zu wollen.
30.10.2020	Präsident Rachmon unterzeichnet ein Dekret »über die Begnadigung von zu Haftstrafen verurteilten Personen auf Grundlage der Grundsätze zu Menschlichkeit, Mitgefühl, Familie-, Kinder- und Jugendlichenfürsorge«, welches die Begnadigung von 378 tadschikischen Gefangenen vorsieht.
29.10.2020	Saidmukarram Abdulkodirzoda, Leiter des Islamischen Zentrums Tadschikistans, verurteilte den Mord des französischen Lehrers Samuel Paty als »inakzeptabel«, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL. Jedoch, so Abdulkodirzoda, habe niemand das Recht den Propheten zu beleidigen. Derartige beleidigende Angriffe hätten stets »tragische Folgen«.
2.11.2020	Unter Berufung auf anonyme Quellen meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL, dass sich unter den am 30.10.2020 von Rachmon begnadigten Gefangenen keine aus politischen Gründen inhaftierte Personen befinden.
4.11.2020	Die Nationalbank korrigierte den US-Dollar-Somoni (TJS) Wechselkurs über Nacht, was zu einem rapiden Wertverlust des tadschikischen Somoni führte. 1 US-Dollar entsprechen nun 11,3 TJS (vorher 10,3 TJS), dies entspricht einem 10%-igen Wertverlust. In diesem Zusammenhang werden weitere Lebensmittelpreissteigerungen befürchtet. Auf ihrer Website begründet die Nationalbank die Kursanpassung mit dem Ziel, den offiziellen Kurs mit dem Schwarzmarktwechselkurs harmonisieren zu wollen.
5.11.2020	Verschiedenen Berichten zufolge kommt es in Chorog (GBAO/VMKB) zu einer Schießerei an einem Kontrollposten der Polizei. Angaben des tadschikischen Innenministeriums zufolge kam es zu Warnschüssen durch Beamte, welche von lokalen Anwohnern an ihrer Arbeit behindert wurden. Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet jedoch über Anwohneraussagen, wonach die Schüsse in einem Wohngebiet willkürlich erfolgt seien. Seit Herbst 2018 befinden sich in Chorog mehrere Kontrollposten in der Stadt, welche mehrheitlich von tadschikischen Soldaten betrieben werden, die nicht aus GBAO/VMKB stammen.
6.11.2020	Aus den Gebieten Chatlon und Sughd werden flächendeckende Stromausfälle zwischen 8 und 17 Uhr gemeldet.
10.11.2020	Präsident Rachmon nimmt an der Online-Konferenzsitzung der Shanghai Cooperation Organization (SCO) teil. Das diesjährige Gastgeberland war Russland, vertreten durch Präsident Wladimir Putin. Es wurden u. a. Möglichkeiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten besprochen. Tadschikistan wird im kommenden Jahr das Gastgeberland sein, weshalb Präsident Rachmon vorschlug das nächste Gipfeltreffen im September 2021 in Duschanbe abzuhalten.
11.11.2020	Nachdem Gefängnisbesuche für Angehörige am 31.03.2020 verboten worden waren, werden diese nun ab dem 16.11.2020 wieder gestattet. Dies meldet Asia-Plus unter Berufung auf eine Quelle im Justizministerium.
17.11.2020	Tadschikistans Außenminister Sirodschiddin Muchridin nimmt an der Ministerkonferenz »EU-Zentralasien« teil. Es ist die 16. Folge der jährlich stattfindenden Konferenz, welche aufgrund der weltweiten Lage dieses Jahr in einem Online-Format abgehalten wird. Die EU wird vertreten durch den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und durch die Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen. Zu den Schwerpunkten des diesjährigen Treffens gehörte u. a. die Bewältigung der Coronapandemie. Hierzu erhalten die zentralasiatischen Republiken EU-Fördermittel in Höhe von insgesamt 134 Mio Euro, wobei die einzelnen Anteile noch unklar sind.
19.11.2020	Die Agentur für Statistik beziffert die diesjährige Inflationsrate auf 7%. Seit Pandemiebeginn häuften sich Berichte über Lebensmittelpreissteigerungen. Asia-Plus nennt in diesem Zusammenhang exemplarisch einige Produktpreissteigerungen, jeweils im Vergleich zum Vorjahrespreis: Zucker: 37,8%, Öl: 21,6%, Backwaren: 12,2% und Kartoffeln: 11,2%.
20.11.2020	Der ehemalige Bürgermeister von Kulob, Bahrom Inojatzoda, wird im Bezirksgericht Kulob zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Das Gericht befand ihn in folgenden Anklagepunkten schuldig: Machtmissbrauch, Bestechung in großem Umfang, Unterschlagung, Betrug, illegale Bereitstellung eines Grundstückes sowie Geldwäsche.
20.11.2020	Präsident Rachmon unterzeichnet ein Dekret, wonach der Leiter der Nationalbank, Dschamschaed Nurmuchammadzod, abgesetzt und durch seinen Stellvertreter Chokim Chokimzoda ersetzt wird.
24.11.2020	Per Dekret ersetzt Präsident Rachmon vier Rektoren von staatlichen Hochschulinstituten.

25.11.2020	FSB-Offiziere vereiteln, laut eigenen Angaben, einen vom Islamischen Staat (IS) vorbereiteten Terroranschlag in der Region Moskau. Im russischen Wladimir kommt es in diesem Zusammenhang zu der Festnahme einer Person, welche vermutlich, laut Meldung von Asia-Plus, tadschikischer Staatsangehöriger ist.
26.11.2020	Präsident Rachmon trifft sich in Duschanbe mit dem pakistanischen Armeestabschef, General Nadim Razu. Rachmon betonte, dass die beiden Staaten in den meisten Schlüsselfragen ähnliche Standpunkte vertreten würden. Bei dem Treffen wurden zudem mögliche Zusammenarbeitsformen sowie Zusammenarbeitsperspektiven der freundschaftlichen, bilateralen Beziehungen erörtert.
27.11.2020	Außenminister Muchriddin nimmt am 13. Kooperationsforum Zentralasien-Südkorea in Seoul teil. Bei dem Treffen wurden u. a. Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Fernunterricht, Etablierung von Standards sowie Umweltfragen erörtert.

Turkmenistan

Erstellt von Richard Schmidt

30.9.2020	Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation »Memorial« wurde der am 7.9.2020 wegen angeblicher Verbindungen zu sich im Exil befindlichen Protestbewegungen festgenommene Anwalt Pygamberdy Allaberdyjew am Vortag von einem Gericht in Balkanabad (Gebiet Balkan) wegen »Rowdytum« und der »vorsätzlichen Zufügung von Gesundheitsschäden mittlerer Schwere« nach einer Schlägerei zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt.
1.10.2020	Außenminister Raschid Meredow und der afghanische Präsident Aschraf Ghani unterzeichnen in Kabul vier Wirtschaftsübereinkommen, welche den gemeinsamen Bau von Hochspannungsleitungen, Telekommunikationsleitungen, Glasfaserkabel und einer Gaspipeline zwischen Turkmenistan und dem afghanischen Herat vorsehen.
2.10.2020	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow unterzeichnet ein Dekret, das für nicht näher bestimmte Situationen, in denen eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung ausgeht, verstärkte hygienische Grenzkontrollen anordnet.
4.10.2020	Außenminister Raschid Meredow führt per Videokonferenzschaltung Gespräche mit seinem afghanischen Amtskollegen Mohammad Hanif Atmar über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Kultur und gemeinsamer infrastruktureller Projekte wie der Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Pipeline (TAPI).
8.10.2020	Per Videokonferenzschaltung findet unter Teilnahme von Außenminister Meredow, dem afghanischen Außenminister Mohammad Hanif Atmar und dem Staatssekretär im US-Außenministerium für politische Angelegenheiten, David Hale, die erste Sitzung im Format Turkmenistan-Afghanistan-USA statt, bei der Aspekte der trilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Energie, Infrastruktur, Sicherheit und internationale Friedenspolitik besprochen werden.
9.10.2020	Präsident Berdymuchammedow schließt sich einem öffentlichen Aufruf seiner kasachstanischen, tadschikischen und usbekischen Amtskollegen an, in dem die gemeinsame Hoffnung auf eine friedliche Lösung der aktuellen politischen Krise in Kirgistan zum Ausdruck gebracht wird.
9.10.2020	Präsident Berdymuchammedow unterzeichnet ein Dekret über die Erhöhung von Mindestlöhnen, Renten, staatlichen Sozialleistungen und staatlichen Stipendien ab dem 1.1.2021.
9.10.2020	Präsident Berdymuchammedow entlässt Purli Agamyradow von seinen Ämtern als stellvertretender Premierminister und Vorsitzender der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten und ersetzt diesen durch den ehemaligen Bildungsminister Mammetmyrat Geldinijasow. Durduly Durdulyjew wird von seinem Amt als Vorsitzender der Obersten Nationalen Kontrollkammer entlassen und durch seinen bisherigen Stellvertreter Recep Tscharygulyjew ersetzt. Mergen Guradow wird von seinem Amt als Vorsitzender des staatlichen Migrationsdienstes entlassen. Nach Angaben von Chronika Turkmenistana wurde ein Strafvermittlungsverfahren wegen des Verdachtes auf Korruption gegen Guradow eingeleitet.
12.10.2020	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL ist die größte Quarantäneeinrichtung des Landes, in der Patienten mit Infektionskrankheiten bzw. entsprechende Verdachtsfälle untergebracht sind, im Gebiet Lebab vom Gelände eines Krankenhauses auf das Gelände einer ehemaligen Baufirma gezogen, wo mit 1.000 Personen demnach doppelt so viele Personen untergebracht werden können.
13.10.2020	Per Videokonferenzschaltung führt Außenminister Meredow mit dem Generalsekretär der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), Mukhisa Kituyi, Gespräche über verschiedene Aspekte der strategischen Zusammenarbeit.
13.10.2020	Nach Angaben von Orient.tm werden die aktuellen Restriktionen zur Verhinderung des Auftauchens und der Verbreitung von »Pneumonie« bis zum 15.11.2020 verlängert. Die Restriktionen betreffen den Betrieb von u. a. Kinos, Theatern, Freizeitparks, Museen, Schönheitssalons, Bädern und Sportanlagen.
15.10.2020	Außenminister Meredow nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Außenministersitzung im Format »Zentralasien + Russland« teil.
17.10.2020	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL ist es in der Frauenstrafkolonie DZ-K/8 in Daschogus mit über 1.500 Insassinnen zu einem Ausbruch von Covid-19 gekommen, wobei bereits viele Personen an der Krankheit gestorben sein sollen. Demnach wurde auf dem Gebiet der Kolonie ein Quarantäneblock eingerichtet, in dem über 200 zum Teil schwer kranke Patientinnen untergebracht worden seien.
21.10.2020	Per Videokonferenzschaltung findet die dritte Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für bilaterale Zusammenarbeit zwischen Turkmenistan und den VAE unter Vorsitz von Außenminister Meredow und dessen emiratischen Amtskollegen Abdullah bin Zayid Al Nahyan statt.

23.10.2020	In einer öffentlichen Stellungnahme rufen HRW und neun weitere Menschenrechtsorganisationen die turkmenischen Behörden auf, den Anwalt Pygamberdy Allaberdyjew, der in einem geschlossenen Verfahren am 29.9.2020 wegen »Hooliganismus« und Körperverletzung von einem Gericht in Balkanabad (Gebiet Balkan) zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde, unverzüglich freizulassen. Allaberdyjew wurde am 5.9.2020 nach einer angeblich von ihm initiierten Schlägerei in der Stadt festgenommen. Der Prozess sei nach den Vorwürfen gegen ihn, in Verbindung mit sich im Exil befindlichen Protestbewegungen zu stehen, demnach HRW zufolge eindeutig politisch motiviert gewesen.
26.10.2020	Per Videokonferenzschaltung erörtern Außenminister Meredow und die Leiterin der Wirtschaftskommission für Europa der UN (UNECE), Oľga Algayerová, Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Transit und Transport.
28.10.2020	Präsident Berdymuchammedow eröffnet in Aschgabat die 25. Internationale Konferenz »Öl und Gas Turkmenistans«.
28.10.2020	Außenminister Meredow nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Außenministersitzung im Format »Indien – Zentralasien« teil.
2.11.2020	Nach Angaben von TDH bleiben die Grenzen bis zum 1.1.2021 geschlossen, Massenveranstaltungen und kollektive Gebete bleiben bis zum 1.12.2020 ausgesetzt.
3.11.2020	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL und Turkmen.news werden für Reisen innerhalb des Landes ab sofort Dokumente verlangt, welche die Notwendigkeit einer solchen bescheinigen und von auf lokaler Ebene eingerichteten Sonderkommissionen ausgestellt werden. Diese Praktik sei demnach informell, in staatlichen Medien erfolgte keine Ankündigung.
4.11.2020	Nach Angaben von Orient.tm müssen sich Einreisende ab sofort statt für 14 für 21 Tage in häusliche Quarantäne begeben. Die Maßnahme diene den Bemühungen zur Verhinderung eines Ausbruchs von infektiösen Krankheiten.
6.11.2020	Der stellvertretende Kabinettsvorsitzende und Außenminister Meredow nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Sitzung des GUS-Premierministerrates teil.
10.11.2020	Präsident Berdymuchammedow enthüllt in Aschgabat eine überlebensgroße goldene Statue eines Alabai-Hundes.
11.11.2020	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL geht die Polizei landesweit verstärkt gegen Personen vor, die in der Öffentlichkeit keine Maske tragen. Offiziell ist Turkmenistan weiterhin coronafrei.
17.11.2020	Außenminister Meredow nimmt an der per Videokonferenzschaltung abgehaltenen Sitzung im Format »Zentralasien – EU« teil, wobei letztere durch den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell, vertreten ist.
24.11.2020	Orient.tm meldet, dass es Personen über 50 Jahren ab sofort verboten ist, durch das Land zu reisen. Damit soll die Ausbreitung »akuter Infektionskrankheiten« im Land verhindert werden.

Usbekistan

Erstellt von Rostam Onori

06.10.2020	Als Reaktion auf die Unruhen in Kirgistan stoppt Usbekistan die Einreise von kirgisischen Staatsangehörigen an seinen Grenzübergängen. Dies meldet Fergana Agency bezugnehmend auf die kirgisische Nachrichtenplattform »Kaktus Media«.
14.10.2020	Bei der Plenarsitzung der UN-Generalversammlung wird Usbekistan erstmalig in den UN-Menschenrechtsrat gewählt. Insgesamt hatten sich fünf asiatische Staaten auf vier Ratsplätze beworben, darunter China, Nepal, Pakistan, Usbekistan und Saudi-Arabien, wobei letzterer nicht gewählt wurde.
15.10.2020	Die lokale Polizei des Gebietes Fergana meldet, dass Kameras mit Gesichtserkennungsfunktion im Gebiet installiert wurden, welche Maskenverweigerer identifizieren könnten. Diese würden postalisch zur Zahlung von Geldbußen aufgefordert. Einmalige Verstöße werden mit 223.000 Sum (21,5 US-Dollar), Mehrfachverstöße mit 669.000 Sum (64,5 US-Dollar) geahndet.
16.10.2020	Nach Foltervorwürfen gegen Beamte der Stadtpolizei Andischan erhebt die Generalstaatsanwaltschaft von Usbekistan Anklage gegen sechs Beschuldigte u. a. wegen vorsätzlicher schwerer Körperverletzung sowie Anwendung von Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung bzw. Bestrafung. Das Video vom verletzten mutmaßlichen Opfer wurde im Juni 2020 in sozialen Medien veröffentlicht.
19.10.2020	Im Rahmen einer Videokonferenz über Maßnahmen zur Gewährung von Ernährungssicherheit und Preisstabilität erklärt Präsident Schawkat Mirsijojew, dass landesweit Pflanzenöl- und Zuckerpriese um 26 % bzw. 23 % gestiegen sind. Zudem rief Mirsijojew dazu auf erforderliche Maßnahmen zur Preisstabilisierung zu ergreifen.
20.10.2020	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Dekret, wonach Relevanz sowie Gebrauch der usbekischen Sprache landesweit forciert werden sollen. Unter anderem sollen Beamte Sprachkenntniszertifikate erhalten, Schüler sollen im Unterrichtsfach »Muttersprache« anstatt bislang 84 künftig 110 Wochenstunden unterrichtet werden.
23.10.2020	Mit neun Sonderzügen werden 9.000 usbekische Staatsangehörige aus Russland repatriiert.
24.10.2020	In Samarkand werden Straßen nach zwei an Covid-19 erlegenen Regierungsbeamten umbenannt.
28.10.2020	Laut einer Meldung des usbekischen Dienstes von RFE/RL stieg die usbekische Gesamtbevölkerung im laufenden Jahr um 500.000 Einwohner.
30.10.2020	Der Informationsdienst des usbekischen Innenministeriums warnt Nutzer von sozialen Medien davor, radikale oder religiös-extremistische Ideen zu fördern, welche »dem Charakter der islamisch geprägten Region widersprechen«. Derartige Inhalte würden von den Behörden strafrechtlich verfolgt.
3.11.2020	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass Unternehmen im Land seit dem 1.11.2020 nicht mehr mit Erdgas beliefert werden können. Das usbekische Energieministerium wolle so eine stabile Erdgasversorgung für Häuser, Wohnungen, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser sicherstellen.
4.11.2020	Nach Angaben des Leiters der Abteilung des Ministeriums für innovative Entwicklung, Feruza Chodschaewa, wird ein chinesischer Impfstoff in Usbekistan getestet. 5.000 usbekische Freiwillige seien für die Durchführung der Phase III Studie gefunden worden.
6.11.2020	Premierminister Aripow empfängt den kirgisischen Außenminister Ruslan Kasakbajew in Taschkent. Während des Treffens werden Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten in den Themenbereichen Handel, Wirtschaft, Verkehr, Politik, Kultur, humanitäre Hilfsprojekte sowie Kommunikation erörtert.
7.11.2020	Laut den statistischen Berichten des russischen Innenministeriums ging die Zahl der Arbeitsmigranten in Russland um 25 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück. Demnach sind in Russland offiziell 1,8 Mio. usbekische Arbeitsmigranten registriert.
12.11.2020	Das usbekische Gesundheitsministerium beziffert die Zahl der landesweit erfassten Coronatoten auf 591 Personen. Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet über Zweifel an der offiziellen Statistik und meldet, dass laut inoffiziellen Quellen mehr als 500 usbekische Ärzte bereits verstorben seien.
16.11.2020	Mittels eines US-amerikanischen Darlehens für Entwicklungshilfe soll eine Bahnverbindung zwischen Usbekistan, Afghanistan und Pakistan errichtet werden. Dies berichtet der usbekische Dienst von RFE/RL bezugnehmend auf das präsidiale Dekret über »Maßnahmen zur weiteren Ausweitung und Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Afghanistan«.
17.11.2020	Usbekistans Außenminister Abdulasis Kamilow nimmt an der Ministerkonferenz »EU-Zentralasien« teil. Es ist die 16. Folge der jährlich stattfindenden Konferenz, welche aufgrund der weltweiten Lage dieses Jahr in einem Online-Format abgehalten wird. Die EU wird vertreten durch den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und durch die Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen. Zu den Schwerpunkten des diesjährigen Treffens gehörte u. a. die Bewältigung der Coronapandemie. Hierzu erhalten die zentralasiatischen Republiken EU-Fördermittel in Höhe von insgesamt 134 Mio Euro, wobei die einzelnen Anteile noch unklar sind.

17.11.2020	Über seinen Pressedienst kündigt Präsident Mirsijojew an, dass die Arbeit von Krankenhäusern künftig gründlicher untersucht und optimiert werden solle. Derzeit würden 6.570 Patienten in Krankenhäusern behandelt werden. Nach Recherchen von Gazeta.uz ist diese vom präsidentialen Pressedienst angegebene Zahl dreimal höher als die vom Gesundheitsministerium offiziell angegebenen Zahlen über Covid-19-Patienten. Laut offizieller Statistik, zitiert aus Gazeta.uz, würden derzeit 2.123 Patienten aufgrund von Covid-19 stationär behandelt werden.
17.11.2020	Über seinen Telegrammkanal veröffentlicht das Gesundheitsministerium eine Klarstellung der statistischen Angaben über Covid-19-Patienten in Krankenhäusern. 2.123 der insgesamt 6.570 Krankenhauspatienten hätten eine offizielle Diagnose erhalten.
17.11.2020	Sadyk Safajew, erster stellvertretender Vorsitzender des Senats, besucht mit einer Delegation unter Leitung von Außenminister Kamilow die USA. Bei einem Treffen mit dem Atlantikrat äußerte er sich zu einem möglichen Beitritt Usbekistans zur Eurasischen Wirtschaftsunion und erklärte, dass die Beitrittsfrage »noch offen sei«.
18.11.2020	Alischer Abdullajew, stellvertretender Direktor des Zentrums für fortschrittliche Technologie im usbekischen Innovationsministerium, erläuterte in einem Interview mit dem Radiosender »Maxima« die Durchführung der Phase-III Studie des chinesischen Versuchsimpfstoffs in Usbekistan. Das Vakzin des chinesischen Herstellers »Anhui Zhifei Longcom« sei bereits in Taschkent eingetroffen. Derzeit würden in Taschkenter Polikliniken Gruppen von Freiwilligen organisiert, die frei von schweren chronischen Krankheiten sind und zudem bislang nicht mit dem Coronavirus in Kontakt kamen. Laut Abdullajew wurde der Impfstoff zur Durchführung von Testzwecken ausgewählt, weil er als besonders sicher gelte.
18.11.2020	Der erste stellvertretende Direktor der Agentur für sanitäre und epidemiologische Wohlfahrt, Botridschon Kurbanow, gibt auf einem virtuellen Symposium über Covid-19 bekannt, dass bis Juni 2021 über 60% der usbekischen Bevölkerung gegen Covid-19 geimpft werden sollen.
19.11.2020	Laut dem Telegrammkanal der Usbekischen Zentralbank sind die für das laufende Jahr erfassten Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten nach Usbekistan um 148 Mio. US-Dollar geringer ausgefallen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dies entspricht einem Rückgang von 3%.
20.11.2020	In Taschkent findet die neunte Plenarsitzung des Oliy Madschlis (Parlament) statt, welche live im Internet übertragen wird. Laut Berichten von kun.uz beschwerten sich tausende Online-Zuschauer über derzeitige Gas- und Stromengpässe im Land. Unter den Kommentatoren war auch ein Senator aus Samarkand.
20.11.2020	Im Rahmen seines USA-Besuches trifft Außenminister Kamilow den stellvertretenden US-Verteidigungsminister Christopher Miller im Pentagon in Washington. Beide Seiten betonten ihre Absicht, die militärische Zusammenarbeit – insbesondere zur Terrorismusbekämpfung – stärken zu wollen. Zudem würden sich beide Seiten bemühen, den afghanischen Friedensprozess voranzubringen. Kamilow bedankte sich bei Miller für die Modernisierung des usbekischen Verteidigungsapparates.
21.11.2020	Der usbekische Außenminister Abdulus Kamilow und der stellvertretende US-Außenminister für süd- und zentralasiatische Angelegenheiten, Dean Thompson, geben nach einem Delegationstreffen in Washington eine gemeinsame Erklärung ab. In ihrer Absichtserklärung bekunden beide Seiten ihre Absicht, einen regelmäßigen, partnerschaftlichen Dialog zu entwickeln, welcher auf eine engere Zusammenarbeit der beiden Staaten u. a. in den Bereichen Politik, Sicherheit und Wirtschaft abzielt. 2021 soll das erste Dialogtreffen in Taschkent stattfinden.
21.11.2020	Premierminister Abdulla Aripow besucht seinen kasachstanischen Amtskollegen Askar Mamin im Gebiet Turkestan, Kasachstan. Sie berieten über mögliche Zusammenarbeitsformen u. a. in den Bereichen Wirtschaft, Investitionen, Energie, Verkehr und Zoll.
22.11.2020	Aus Taschkent wird ein massiver Druckabfall im Erdgasnetz gemeldet, welcher möglicherweise auf Erdgasengpässe hindeutet. Laut Meldung von kun.uz beklagten zahlreiche Bewohner der Stadt, dass der derzeitige Gasdruck zum Zubereiten von Gerichten nicht ausreichend sei.
22.11.2020	Akmal Saidow, Direktor des Nationalen Zentrums für Menschenrechte in Usbekistan, hob auf einer internationalen Konferenz zum 75. Jubiläum der Nürnberger Prozesse u. a. die »große Rolle (Anm.: ...der Prozesse) bei der Stärkung der weltweiten Menschenrechte«, hervor.
25.11.2020	Dem Nachrichtenportal kun.uz wird von der AIMK (Agentur für Information und Massenkommunikation der Präsidentialverwaltung) im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung über die neunte Plenarsitzung des Oliy Madschlis (siehe Meldung vom 20.11.2020) mit »schwerwiegenden rechtlichen Konsequenzen« gedroht. Laut dem Schreiben des AIMK sei der Kun.uz-Artikel unzureichend auf die Gründe für den Rückgang der Erdgasproduktion im Land eingegangen und hätte zudem Regierungsmaßnahmen (wie Reformen und Infrastrukturmodernisierungen) unerwähnt gelassen.

26.11.2020	Nachdem auch das Nachrichtenportal »Daryo« von der AIMK (Agentur für Information und Massenkommunikation der Präsidentialverwaltung) mit »schwerwiegenden rechtlichen Konsequenzen« bedroht wurde, meldet sich Tim Torlot, britischer Botschafter in Usbekistan, via Twitter zu Wort. In seinem Tweet bekundet Torlot u. a., dass »eine demokratische Gesellschaft nicht ohne freie Medien aufgebaut werden könne.«
27.11.2020	Lokale Korrespondenten des privaten Fernsehsenders »Zo'r-TV« wurden von der AIMK (Agentur für Information und Massenkommunikation der Präsidentialverwaltung) angewiesen, nicht über die Proteste in Karschi (Gebiet Kaschkdarja) zu berichten. Die Proteste fanden im Zusammenhang gegenwärtigen Erdgasengpässe statt.
27.11.2020	Die Agentur für Information und Massenkommunikation der Präsidentialverwaltung (AIMK) warnte die usbekische Zeitung »Gazeta.uz« vor »schwerwiegenden rechtlichen Konsequenzen« für die Veröffentlichung einer Recherche über Covid-19-Patienten in usbekischen Krankenhäusern (siehe Meldung vom 17.11.2020). Hintergrund ist ein Zeitungsartikel, welcher die offiziell angegebene Zahl von Krankenhauspatienten mit den vom Gesundheitsministerium offiziell angegebenen Zahlen über Covid-19-Patienten in stationärer Behandlung vergleicht.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsoni und Richard Schmidt
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

